

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementspreis: Wertesjährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 16. September 1911.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergnügungsanfertiger usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfohlungen aller Art 5 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 106.

Die soziale Lage der Gehilfen.

III.

Bildet der Lohn und seine tarifliche Gewährleistung den Kardinalpunkt eines kollektiven Arbeitsvertrags, so sind im weiteren die Arbeitszeit und die Lehrlingsfrage Momente von nächstgroßer Bedeutung. Die soziale Lage der Arbeiterschaft wird von ihnen stark berührt, bei uns Buchdruckern jedenfalls mehr noch als in andern Berufen. Daß unser Gewerbe die einschneidendste technische Revolution speziell in den letzten eininhalb Jahrzehnten durchzumachen hatte, ist mit Nennung des einen Wortes gesagt: Sechsmaschine! Und wie der produktionsfördernde und Menschenhände sparende eiserne Kollege sich vervollkommen hat! Es gibt ja bald keine sagtechnischen Unmöglichkeiten mehr für die Sechsmaschine. Im Druckersaal halten immer größere und immer diffizilere Maschinen ihren Einzug. Die Stereotypen- und Galvanoplastiker staunen über die ihre Arbeitsmethoden von Grund aus stürzenden technischen Wunder. Die Schriftgießer sehen ihre Existenz durch schneller und ergiebiger arbeitende Maschinen noch weiter gefährdet. Bei der kleinen Gruppe der Stempelschneider verschlechtert die gegenwärtig mit aufstrebender Beschleunigung eingeführte Maschine auf der einen, die Heimarbeit auf der anderen Seite die Arbeitslegenheit in bedenklichem Grad. In jedem Spezialzweig unsres Gewerbes aber konstatieren wir als Rückwirkung der Maschinenherrschaft größere Arbeitslosigkeit, vermehrte Krankheitsfälle unter häufig bestimmter Krankheitsform sowie schnelleren Kräfteverbrauch. Diese Erscheinungen würden jedoch schlimmere sein, wenn nicht die Organisation mit ihren humanitären Einrichtungen absehwachend eingreifen, vornehmlich aber die Tarifgemeinschaft der allzugroßen Ausbeutung einen Riegel vorschieben würde. Aber der verlangte Aufwand an Kraft, Energie, Aufmerksamkeit und Intelligenz wird an den Maschinen immer größer, wozu sich bei der Handarbeit noch ein größeres Maß von Schnelligkeit gesellt, so daß es eben nicht mehr angeht, die Arbeitszeit nach alter Väter Sitte einzurichten.

Der Zug der Zeit geht überall nach Verkürzung der Arbeitszeit. Man kann einen beliebigen Erwerbsstand nehmen, immer wird man derartige Bestrebungen im Gange sehen. Der Arbeiterschaft ist eine kürzere Tätigkeit am Tag ein nicht minder großes Bedürfnis als dem eigentlichen Kopparbeiter. Aber so berechtigt dies Verlangen auch ist und mit der stark veränderten Arbeitsweise zu begründen ist, so steifnackig ist das Unternehmertum gerade in diesem Punkt. Es wäre eine Verschleierung von Tatsachen, wenn die von den Arbeitgeberverbänden gemachten Schwierigkeiten nicht zugegeben werden würden. Selbstverständlich sind die deutschen Arbeiter auch nach dieser Richtung vorwärts gekommen, aber in einem weit langsameren Tempo als auf dem Lohngebiete. Die denbar möglichste Ausnutzung der Maschinen läßt die Unternehmer hier größeren Widerstand leisten.

Wir Buchdrucker sind insofern besser daran, als wir mit Ausnahme von 136 kleinen Druckorten allgemein die 5 1/2 stündige wöchentliche bzw. eine effektiv neunstündige tägliche Arbeitszeit haben.

Dyne die Stereotypen- und Galvanoplastiker sowie die Korrektoren, für die wir hierfür aus der hoffentlich im Besitz aller eifrigen Kollegen sich befindenden Tarifamtsstatistik keine Angaben zu machen vermögen, erfreuen sich jedoch teils auf Grund tariflicher Vorschrift (Maschinensetzer) oder aus Ursachen, die den betreffenden Firmen jedenfalls nicht zum Schaden gereichen, bereits 16210 Handsetzer, Maschinensetzer, Maschinenmeister und Schweizerdegen einer kürzeren Arbeitszeit als 5 1/2 Stunden, und zwar bis zu 40 Stunden pro Woche herab. Könnten die fehlenden zwei Berufsgruppen hier entsprechende Einreichung finden, so würde das Gesamtbild ein noch günstigeres werden. 3565 Handsetzer, Drucker, Schweizerdegen und Maschinensetzer arbeiten länger, als es der Tarif zuläßt. Hierbei sind einbegriffen 1797 Gehilfen, die in Orten mit der Ausnahmebestimmung nach § 1 des Tarifs arbeiten oder solche, die in gemischten Betrieben tätig sind.

Nimmt man von den Korrektoren und den Stereotypen- und Galvanoplastikern die gleiche Verhältniszahl wie bei den übrigen Berufen (mit Ausnahme der Schriftgießer) als mit kürzerer Arbeitszeit an, so würden etwa 27 Proz. der Buchdrucker jetzt schon weniger als 5 1/2 Stunden arbeiten. Sollte da eine die Arbeitsstunden allgemeiner verringende Bestimmung im Tarife, so unmöglich sein? Die Maschinensetzer sind mit reichlich 5 Proz. an den 27 Proz. Gehilfen mit kürzerer Arbeitszeit beteiligt, die übrigen rund 22 Proz. dürften sich zum größeren Teil aus den sozialdemokratischen und den Genossenschaftsdruckereien rekrutieren. Da nun bei diesen Unternehmungen auch nur vom Profite der Schornstein raucht und sie ebenfalls darauf bedacht sein müssen, konkurrenzfähig zu bleiben, so ist die Möglichkeit einer Arbeitszeitverkürzung dadurch wohl schon gegeben.

Wie aber die Unternehmerschaft im allgemeinen einer Verringerung der Arbeitsstunden stark widerstrebt, so haben auch wir Buchdrucker in diesem Punkt immer mit größeren Schwierigkeiten zu rechnen gehabt als auf dem Lohngebiete. Es ist eine recht lange Wegstrecke, die von der zwölf- und vierzehnstündigen Arbeitszeit in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts bis zu der gegenwärtig effektiv neunstündigen führt. Der erste allgemeine (1848er) deutsche Buchdruckertarif setzte die Arbeitszeit auf effektiv zehn Stunden fest. Dieser Tarif konnte jedoch aus den bekannten und auch im zweiten Artikel schon erwähnten Gründen von der Gehilfenschaft nicht durchgedrückt werden, womit sich auch erweist, daß starke Organisationen die Träger eines Tarifs sein müssen, soll er nicht nur auf dem Papiere stehen. Hierauf gab es einen großen Sprung um 25 Jahre. Der im Jahre 1873 dann zustandegekommene wirkliche erste Tarif setzte eine effektiv 9 1/2 stündige Arbeitszeit (zehn Stunden mit je einer viertelstündigen Pause vor- und nachmittags) fest. Damit war nun Brese gelegt, aber allgemein geregelt war die Arbeitszeit damit noch lange nicht. Die Tarifreduktionen von 1876 und 1878 rüttelten zwar an der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit nicht, aber ihre strengere Durchführung war unter den damaligen Verhältnissen auch nicht möglich, und wie sie sich in den 80er Jahren ge-

stalteten, konnte von einer Besserung in dieser Beziehung gar nicht die Rede sein. Die 1886er wie die 1889er Tarifrevision brachten keine Herabsetzung der Arbeitszeit. Im Jahre 1891 forderte die Kollegenschaft in erster Linie eine Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde (8 1/2 Stunden effektiv). Die Prinzipalität setzte diesem Verlangen den heftigsten Widerstand entgegen, und ehe noch die Tarifverhandlungen am 6. Oktober begannen, war in Folge der in verschiedenen Orten vorgenommenen Maßregelungen sowie einer ausgedehnten Agitation der Zeitungen gegen die Gehilfenforderungen die Situation derartig zugeespitzt, daß an eine Verständigung kaum noch zu denken war. Da die Prinzipale auch nicht in eine halbstündige Arbeitszeitverkürzung willigen wollten, sondern sich nur zu einer 7 1/2 prozentigen Lohnerhöhung verstanden, war der Konfliktfall gegeben. Am 8. Oktober wurden die Verhandlungen abgebrochen, die Maßregelungen von Prinzipalseite nahmen trotz einer gegenteiligen Zusicherung des damaligen Vorsitzenden des Deutschen Buchdruckervereins ihren Fortgang, und am 24. Oktober kündigten dann die Kollegen ihr Arbeitsverhältnis auf. Wochent des heftigsten Kampfes folgten. Über den 12000 wackeren Streikern um den Neuntagestand standen zwei Feinde entgegen: die geschlossene Prinzipalität, die von der Presse — mit wenigen rühmlichen Ausnahmen — bearbeitete öffentliche Meinung, die Behörden, die große Zahl der Nichtverbändler, das städtische Lehrlingskorps; auch fiel mancher, der es vordem an starken Worten nicht hatte fehlen lassen, vor dem Pulverdampf um 2 1/2 Millionen Mark betrogen die Kosten dieses größten Buchdruckerstreiks, erreicht aber wurde gar nichts. Die Tarifgemeinschaft flog vielmehr auf, und zu den schwereren Verlusten des heftigen Kampfes kam der nicht minder große Schaden einer über vierjährigen völligen Tarifanarchie, während der, wie schon in diesen Artikeln bemerkt, die soziale Lage der Gehilfen sich erheblich verschlechterte. Mit der Wiedererrichtung der Tarifgemeinschaft im Jahre 1896 wurde dann betreffs der Arbeitszeit seit 1873 zum erstenmal ein Fortschritt erzielt: die von der Gehilfenschaft bei den 1891er Tarifverhandlungen halbierte Forderung war der Preis der neuen Tarifgemeinschaft, die Arbeitszeit betrug von da an effektiv neun Stunden. Bei der Tarifrevision vor zehn Jahren konnte natürlich in dieser Beziehung nichts erwartet werden, 1906 aber trat eine halbstündige Verringerung der wöchentlichen Arbeitsdauer ein. An Anträgen auf Arbeitszeitverkürzung ließen es die Gehilfen bei den einzelnen Tarifbewegungen gewiß nicht fehlen, aber so leicht, wie gar viele es dachten, machte sich die Sache nicht. Von 1873 bis 1896 erreichten wir also eine Arbeitszeitverkürzung von drei, von 1896 bis jetzt von dreieinhalb Stunden wöchentlich. Tatsächlich ist sie durch die seit 1896 sich verallgemeinernde tarifliche Ordnung aber eine größere. Immerhin ist, wenn wir noch bis zum Jahre 1848 zurückgehen wollen, die von den Buchdruckern in 63 Jahren erzielte nominelle Herabsetzung der Arbeitszeit um neuninhalb Stunden wöchentlich wohl kein Tempo, das zu schnell zu nennen wäre. Einen großen Erfolg oder den größten überhaupt auf diesem Gebiete verzeichnen wir mit der im Jahre 1899 vom Tarifausschusse getroffenen Be-

stimmung einer kürzeren Arbeitszeit an den Sebmashinen.

Die allgemeine Entwicklung und die maschinelle bei uns in besondern, gepaart mit steigender Intensität der Arbeit, verlangt nun aber, daß auch nach dieser Richtung eine Hebung der sozialen Lage der Gehilfenschaft stattfindet, zudem die Arbeitslosigkeit bei uns einen dauernd hohen Stand aufweist und die sanitären Verhältnisse sich nicht in dem Maße besserten, wie die Zustände im Gewerbe sich im großen und ganzen gehoben haben. Unsere Prinzipale wollen jedoch, wie ihre zu § 1 und 2 des Tarifs gestellten Anträge besagen, nicht nur an der bisherigen Arbeitszeit festhalten, sondern stellen hier Experimente an, die im Effekt eine Verschlechterung des jetzigen Zustandes bedeuten. Das ist der verheißungsvolle Anfang zu dem von der „Deutschen Buchdruckerzeitung“ als übermäßig bescheiden bezeichneten Prinzipalankträgen. Es ist ja nicht das erstemal, daß sich von der andern Seite Bestrebungen offenbaren, die das Gegenteil von zeitgemäßen Verbesserungen sind. Vor 20 Jahren hat der Kreis Sachsen des Prinzipalvereins darin schon ein Erklärliches geleistet, wie er denn auch diesmal an den „wesentlichen grundsätzlichen Wünschen“ der Prinzipale jedenfalls nicht den minimalsten Anteil haben wird. Wir sind jedoch der blühenden Ansicht, daß man der auch mit dem kulturellen Fortschritte begründeten Notwendigkeit einer den Verhältnissen unseres Gewerbes angemessenen Arbeitszeitverkürzung sich nicht verschließen können wird, und zwar um so weniger, als die Buchbinderprinzipale vor etlichen Wochen beim Neuabschlusse des sogenannten Dreistädteartaris einer Verringerung der Arbeitsstunden zustimmten. Wir erklärten schon in unsern Artikeln „Berlin—Hamburg—Hannover“, daß das im Buchbindergewerbe Mögliche bei dem so nahestehenden Buchdruck nicht unmöglich sein kann. Auf einen Gegenbeweis würden wir sehr gespannt sein, zumal 27 Proz. der Buchdrucker eine Arbeitszeitverkürzung bereits praktisch haben.

Die „Deutsche Buchdruckerzeitung“ hebt in ihrer vorigen Nummer ein großes Trauern an, daß die Prinzipalität zum § 13 (Lehrlingskala) keinerlei Anträge gestellt hat, während von Gehilfenseite drei hierzu vorliegen. Das auch von uns schon erwähnte Rauersche Flugblatt sowie das, was in diesem Punkte der Zeitungsvorleger Seßnen und Wünsche ist, hätten also das Reisezeugnis nicht bekommen. Man kann diesen Schmerz nachfühlen, denn mit einer gehäuften Zahl von Lehrlingen ist schon immer der von der unlauteren Konkurrenz dem Gewerbe zugefügte Schaden zu paralysieren versucht worden, und gerade die Hintermänner des Blankeschen Blattes „sanieren“ ihre Verhältnisse durch möglichst zahlreiches Halten von Lehrlingen. Ihr Bedauern ist nur, daß ihnen die früheren großen Felle fortgeschwommen sind, denn mit den vorhandenen Lehrlingen — nach der im Frühjahr 1910 aufgenommenen Tarifsamtsstatistik 15598, nach der Verbandsstatistik vom November vorigen Jahres 16558 — ist ihnen noch lange nicht gebient.

Die erste Lehrlingskala wurde bereits im Jahre 1848 geschaffen, sie war günstiger als die jetzige, hatte dafür aber den Fehler, nur auf dem Papiere zu stehen. Es konnten gehalten werden: bis 3 Gehilfen 1 Seherlehrling, bis zu 9: 2, und auf je weitere 9 Gehilfen 1 Lehrling mehr; bei den Druckern auf je 3 Pressen 1 Lehrling. Kleinere Druckereien sollten einen Lehrling halten können, ob Seher oder Drucker war gleich. Von 1848 bis 1886 kam es zu keiner gemeinsamen Regelung in der Lehrlingsfrage, denn die erste tatsächliche Tarifgemeinschaft vom Jahre 1873 enthielt keine Lehrlingskala, auch die Tarife von 1876 und 1878 nicht. Der Deutsche Buchdruckerverein mochte wohl einsehen, daß unbegrenzte Willkür hier wieder zu ganz unhaltbaren Zuständen führen würde, deshalb beschäftigte er sich Anfang der 80er Jahre mit der Aufstellung einer sogenannten Verhältniszahl, die sich aber nur auf das Halten von Seherlehrlingen zu beschränken schien. Auf bis zu 5 Gehilfen sollten 2 Seherlehrlinge entfallen, auf 15: 4, auf 25: 6, auf 40: 8 und dann auf je 15 weitere 2 Lehrlinge. Die Bremer Generalversammlung der Prin-

zipalsorganisation im Jahre 1881 nahm dann einen Antrag des Kreises Bayern an, wonach auf bis zu 5 Gehilfen 2 Lehrlinge, auf 6—10: 3 und auf je weitere 5 Gehilfen 1 Lehrling gehalten werden sollte. Die Tarifrevision von 1886 brachte dann endlich die erste Lehrlingskala. Da an dieser Skala selbst bisher nichts geändert worden ist, so bestehen ihre Bestimmungen am 1. Oktober d. J. schon 25 Jahre. Wenn sich die „D. B.-Ztg.“ und ihre Leute da immer noch nicht mit ihr befremden können, so weiß man abermals, woran man mit diesen unter allen Umständen rückschrittlichen Elementen ist. Die neue Tarifgemeinschaft (1896) verhalf den kleineren Druckereien zu der Konzession im Absatz 3 des jetzigen § 13: „Bei der ersten Staffel (1 Lehrling)“ usw. Die Tarifrevision von 1901 zeitigte die allen Druckereien zugute kommende Bestimmung, daß für die zu haltende Lehrlingszahl die durchschnittliche Gehilfenziffer des vorangegangenen Kalenderjahres maßgebend sein soll. Vor fünf Jahren kamen dann die vier letzten Absätze des heutigen Lehrlingsparagraphe hinzu, die sämtlich mehr den Gehilfeninteressen entsprechen, namentlich der vorletzte, daß die Lehrlingskala nach der Zahl der jeweils vorhandenen Arbeitslosen reguliert werden soll, wobei 3 Proz. als Maßstab zu gelten haben.

Von dieser Bestimmung macht nun die Gehilfenschaft Gebrauch, indem sie eine der Prozentziffer der Arbeitslosenziffer entsprechende Abänderung der Lehrlingskala beantragt. Der Nachweis darüber ist nicht schwer, er wird aber erschwert, weil man die Arbeitslosenziffer des Verbandes als noch von andern Momenten beeinflusst erklärt. Dem ist jedoch entgegenzuhalten, daß auch in der Zeit, wo unsere Organisation noch klein und das einzelne Mitglied besser zu übersehen war als heute, die Arbeitslosigkeit schon groß war. Die Einführungsperiode der Sebmashine hat selbstredend noch zur Vergrößerung beigetragen. Für einen Zeitraum von 31 Jahren haben wir eine durchschnittliche Arbeitslosenziffer von 4,4 Proz. ermittelt. Das ist eine unverhältnismäßig hohe Arbeitslosigkeit von festerer und dauernder. Sie ist ein zwingendes Moment, an die Frage einer Arbeitszeitverkürzung und einer Regulierung der Lehrlingskala ernsthaft heranzugehen. Wenn der widerstrebenden Gegenseite noch eine Gegenüberstellung mit der Arbeitslosigkeit in den andern Berufen vor Augen geführt wird, woran nach den Veröffentlichungen des „Reichsarbeitsblattes“ zu ersehen ist, daß arbeitslos waren:

	1910	1909	1908	1907	1906
im Verband	4,58	5,0	4,05	3,05	3,00
alle Fachverbände zusammen	1,9	2,8	2,9	1,6	1,1

und danach ein einfaches Rechenexempel ergibt, daß bei den Buchdruckern im letzten Jahrfrüh die Arbeitslosenziffer 4,3 Proz., im Reichsdurchschnitt aber nur 2,1 Proz. beträgt, dann muß alles Zweifeln aufhören. Wir haben in unserm Gewerbe eine doppelt so große Arbeitslosigkeit als in andern Berufen, von Gehilfenmangel kann also keine Rede sein! Für diejenigen Prinzipale aber, die mit den Zahlen des Verbandes nicht zu befehren sind, können wir als weiteres Argument für unsere Behauptungen ja die Ausweise der Allgemeinen Buchdruckerunterstützungskasse (Prinzipalkasse) für das Jahr 1910 heranziehen. Die Verwaltung dieser Kasse rühmt in ihrem letzten Jahresberichte, daß infolge energischer Kontrolle bei der Arbeitslosen- und der Krankenunterstützung 10327 Mk. gutgemacht werden konnten — müssen da aber Unterstützungsschieber vorhanden sein! —, wenn trotzdem nach der dem „Reichsarbeitsblatt“ gemachten Mitteilung die Arbeitslosenziffer für 1910 sich auf 6,1 Proz. belief, so können doch die Zahlen des Verbandes nicht mehr angezweifelt werden.

Mit dem behaupteten Gehilfenmangel ist es ebensowenig. Denn wenn am 15. August d. J. nach Vorkum ein Handseher gesucht wurde in „Kleinisch“ und ein paar Nummern darauf wird 40 Gehilfen für ihre Bewerbungen gedankt, obwohl die Baderorte wegen ihrer teuren Verhältnisse keine große Anziehungskraft ausüben und ein Arbeitsantritt in Vorkum anfangs September doch auch

keine besonderen Genüsse verspricht, so zeugt das nicht gerade von einem zu niedrigen Angebot. Und was soll man erst dazu sagen, daß vor kurzem auf ein Inserat im „Korr.“, durch das ein jüngerer Seher nach einer kleinen Provinzstadt gesucht wurde, so viel Offerten eingingen, daß sie in einem 2-Kilo-Paket seitens unsrer Expedition zur Absendung gelangen mußten?

Wir führten bereits im ersten Artikel aus, daß die jetzigen Lehrlingsverhältnisse gegen früher geordnete zu nennen sind. Die letzte Tarifsamtsstatistik konnte nur noch 798 Seher- und 120 Druckerlehrlinge, zusammen also 918 Lehrlinge über die Skala bei insgesamt 654 Firmen feststellen. Dagegen halten 2016 Firmen 1541 Seher- und 1683 Firmen 436 Druckerlehrlinge weniger, als ihnen die Lehrlingskala gestattet. Daß die Ausnutzung der Lehrlingskala infolge der in den letzten Jahren dahingehend unter den Prinzipalen betriebenen Agitation eine stärkere geworden ist, zeigt uns ebenfalls die letzte Tarifsamtsstatistik durch die Gegenüberstellung, daß da kamen:

	1910	1907
auf 100 Seher	24,2	22,6
„ 100 Drucker	36,2	34,1

Nach der vorjährigen Verbandsstatistik wurden zum Oster- und zum Herbsttermin 1910 insgesamt 3728 Lehrlinge eingestellt; jedenfalls eine Zahl, die das Verhältnis der Gehilfen- zur Lehrlingsziffer noch weiter verschleiert wird. Wie man also auch die Sache betrachten mag, für Nachwuchs ist genügend gesorgt. Eine zeitgemäße Änderung der Skala und eine Besserung in der Ausbildung der Lehrlinge, wobei namentlich die Frage des Haltens von Lehrlingen in reinen Zeitungsbetrieben ins Gewicht fällt, ist nicht nur vom Gehilfenstandpunkt aus geboten, sondern auch nach dem Wortlaute des Tarifs nicht abzulehnen. Unsere soziale Lage ist von jeher stark tangiert worden durch die Lehrlingsfrage. Aus einer schrecklichen Misere sind wir durch die Tarifgemeinschaft da zu geordneten Zuständen gekommen. Denn auch die Prinzipale haben es im Laufe der Jahrzehnte und sogar schon vor 1848 empfunden, wie die Lehrlingsfrage das Gewerbe herunterbringt. Es liegt auch in ihrem Interesse, wenn wir auf diesem Gebiete nicht zu stagnierenden Verhältnissen kommen, die noch immer der Vorbote des Rückschritts gewesen sind. Vor 25 Jahren lagen die Dinge anders, jetzt im Maschinenzeitalter wird auch die Lehrlingskala ein andres Unsehen erfahren müssen und erfahren können.

Es ist im Rahmen dieser Arbeit nicht beabsichtigt, auf die Prinzipalankträge einzeln einzugehen. Wir wollten die soziale Lage der Gehilfen unter den drei Hauptgesichtspunkten Lohn, Arbeitszeit und Lehrlingskala beleuchten, und die daran geknüpften historischen Exzerziten waren dazu jedenfalls eine gute Beihilfe. Es tut gerade jetzt sehr not, daß sich die Kollegen einigermaßen in der organisatorischen, gewerblichen und tariflichen Entwicklung auskennen. Viele sind in ihrem geistigen Haushalte sehr bescheiden, mit etlichen Schlagwörtern des Tags vermögen sie auszukommen. Das aber ist gerade in einer so ernsten Zeit ein Fehler, der sich unter Umständen schwer rächen kann. Deshalb ist es auch keine überflüssige Mahnung, wenn wir sagen, es darf nicht nur starr vorwärts gesehen, sondern es muß von Zeit zu Zeit auch ein betrachtender und prüfender Rückblick gehalten werden. Dann wird sich auch das Augenmaß und das Urteilsvermögen des einzelnen schärfen.

Haben wir die sich in puncto Bezahlung, Arbeitszeit und Lehrlingswesen ergebenden Notwendigkeiten für die diesmahligen Tarifberatungen vom Gehilfenstandpunkt eingehend betont, so ist damit noch nicht gesagt, daß unser Tarifpartner sich nun von der gleichen Erkenntnis leiten läßt. Die Verschiedenartigkeit der Interessen tritt anerkanntesten eben bei einer Tarifrevision zutage. Wenn wir aber schon einmal in einer Zeit der zunehmenden Interessengegenstände leben, dann ist es schließlich unverständlich, wollte man über eine schärfere Hervorhebung der zweierlei Interessen und über das Schwimmen eines Zustandes klagen, der

durch das vielberufene Wort Harmonie seinen Ausdruck findet. Wie zwei Staaten, die einen Handelsvertrag abschließen wollen, und jeder für seine Interessen dabei das Möglichste herauszuschlagen möchte, und beide trotzdem das Bestreben zeigen, eine Klärung der strittigen Fragen herbeizuführen und schließlich-friedlich miteinander auszukommen, so ist es auch mit einer Tarifrevision. Das, was recht und billig ist, gilt bei einem Vertrage eben nicht nur für einen Kontrahenten, sondern für beide.

Die von uns behandelten Hauptpunkte schließen noch eine ganze Anzahl von Unterfragen ein, die zum Teil sehr wichtig sind. Das geht deutlich aus den von beiden Seiten gestellten Anträgen hervor. Die unfrigen lassen eine ganz ansehnliche Spannung zu. Daß aber, wie die „Deutsche Buchdruckerzeitung“ schreibt, die Prinzipalsanträge sich „in allzusehr gemäßigten Bahnen“ bewegen, wird selbst im Prinzipalslager nicht allzuviel Kläube finden, von der gegenteiligen Ansicht der Gehilfen ganz zu schweigen. Wie das alles gekommen ist, haben wir in den letzten Wochen zu verschiedenen Malen gesagt resp. nochmals erläutert, dieneil es auf unfrer Seite vielfach schon wieder vergessen war. Daß die Prinzipale nicht zum ersten Male mit Anträgen kommen, die den Gehilfen an die Kieren gehen, haben frühere Tarifrevisionen schon des öfteren gezeigt. Vor zwanzig Jahren hat bereits Sachsen darin eine ganz hervorragende Leistung vollbracht, und diesmal braucht man wohl nach der Vaterchaft der auf eine größere Ausnutzung der Seg- und Druckmaschinen abzulesenden Prinzipalsanträge nicht in einer andern Richtung zu suchen. Eine weitgehende Akzeptierung der von der Zeitungs- und der Buchverlegerorganisation in den letzten Jahren erteilten Ratschläge ist ebenfalls nicht zu verkennen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß auf dem Maschinengebiete diesmal ganz erhebliche Schwierigkeiten bereitet werden und hier der Differenzpunkte mehr als genug vorhanden sind. In der jetzt zu Ende gehenden Woche hat man im Leipziger Buchgewerbehaus ein Wettseher an sämtlichen Segmaschinenveranstaltet, um die zum § 48 aufgestellten erhöhten Stundenleistungen „praktisch“ zu erproben. Aus ganz Deutschland sind die besten Rempufer zu diesem Training herangezogen. Und diese Refordseher quälten sich nun unter ständiger Kontrolle von Prinzipalen für die aufgestellten neuen Leistungsziiffern den Nachweis der Möglichkeit zu erbringen. Von den besten Kräften bei gutem Manuskripte, glatt funktionierenden Maschinen und nach Tüchtigkeit vermiedenen Störungen erzielte Ausnahmeseleistungen sollen also zum allgemeinen Maßstabe werden! Daß diese Wettsehere praktisch keinen Wert hat, wird jedenfalls an den sonstigen Stundenleistungen dieser für die Prinzipalsinteressen sich so brav ins Zeug legenden Herren Maschinenseher nachzuweisen sein. Da ist der in Nr. 103 von dem Kollegen Hühne (Berlin) gemachte Vorschlag, die sich an den Segmaschinen ausbildenden Prinzipale, Prinzipalsöhne und Faktoren als Kronzeugen für die einzelnen Durchschnittsleistungen aufzurufen und anzuerkennen, jedenfalls praktikabler und korrekter. Auch haben denn nicht, wie schon am ersten Tage nach der Leipziger Refordseherei, Montoure einen halben Achtstundentag mit Reparaturen zu verbringen.

Für die beantragte Abänderung der Sonderbestimmungen für die Drucker und Stereotypere wird jedenfalls in anderer Weise Material gesammelt worden sein. Ob es genügend beweiskräftig ist, hängt ganz wesentlich von der Schlagfertigkeit unfrer Experten ab, denen bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen eine schwere Aufgabe zufällt. Die von den Gehilfen gestellten Anträge stehen diesen einschneidenden Veränderungen ja schroff gegenüber, und es wird da einen harten Strauß abgeben.

Selbstverständlich wird auch hier nicht so heiß geessen, wie es gekocht ist. Und wir glauben immer noch, daß einer billigen Verständigung wie in diesen so auch in den andern Punkten die Prinzipalsvertreter doch eher geneigt sein werden als einer Nachprobe, die auch für Prinzipalität von großer Folgeschwere sein würde. Die Erfahrung sollte doch die beste Lehrmeisterin sein.

Haben wir in diesen drei Artikeln dargetan, was die soziale Lage der Gehilfen erheischt, so wissen wir auch zu würdigen, was die gewerbliche Lage verlangt, und das ist jedenfalls: Erschütterungen zu vermeiden. Wenn beiden Teilen an dem Erhalten und dem Ausbau der Tarifgemeinschaft gelegen ist, dann Abweisung aller wohl berechneten Einflüsse von andrer Seite und um der großen Sache willen den Weg zur Verständigung gesucht!

Unfrer Anträge zur Tarifrevision.

Wenige Tage trennen uns nun noch von dem Zeitpunkt, dem alle Kollegen mit Spannung entgegensehen. Die Anträge von Prinzipals wie Gehilfenseite sind nun bekannt, und man kann Vergleiche zwischen beiden anstellen. Geht man unfrer Forderungen durch, so muß jeder Vortragskreis zu dem Erkenntnis kommen, daß die Gehilfenschaft mit der ehelichen Absticht zu den Verhandlungen geht, das Zustandekommen eines friedlichen Abschlusses zu ermöglichen. Alle Anträge sind frei von der Tendenz, etwas zu fordern, weil eben eine Tarifrevision stattfindet, oder, wie in einer Aufschrift der „Zeitschrift“ zu lesen war: Je mehr gefordert wird, desto mehr wird erreicht. Hätte die Gehilfenschaft diesen Grundsatz bei Aufstellung ihrer Forderungen befolgt, so müßten dieselben anders aussehen. Im Gegensatz dazu findet man ein Maßhalten, ein Bescheiden mit dem, was man eben für unbedingt notwendig hält.

Gewiß ist die Zahl der Anträge, die ihrer Erledigung harren, keine geringe. Zunächst ist es doch die unbeschränkte Verteuerung der Lebenshaltung, die uns geradezu zwingt, einen Ausgleich zwischen „Soll und Haben“ zu schaffen. Nun wenn die Gehilfenschaft ihre Erwartungen, die sie an diesen Ausgleich stellt, nicht in bestimmten Forderungen Ausdruck gab, so verzichtete sie darauf in der bestimmten Voraussetzung, daß über das, was man unter den heutigen Verhältnissen zu einem standesgemäßen Wohlkommen für gerecht und billig hält, die Meinungen wohl kaum auseinandergehen können. Hier wird es sich zeigen, ob man auch dem Gehilfen seinen Teil an dem Aufschwunge des Buchdruckgewerbes zukommen lassen will, und ob man ein Interesse daran hat, daß die Gehilfenschaft sich auf einer dem Beruf entsprechenden kulturellen Stufe bewegt.

Es ist doch nur zu erklärlich, daß unter den jetzigen Verhältnissen wohl alle Kollegen das Hauptaugenmerk auf die sekundäre Aufbesserung ihrer Lage richten. Wann wäre dieselbe je notwendig gewesen als jetzt? Wenn man auch die außergewöhnliche Verteuerung nicht als maßgebend betrachten kann, so steht doch fest, daß der frühere normale Zustand in den Lebensmittelpreisen nie wieder „rückwärts“ wird. Man weiß doch genau, daß ein großer Teil der künstlich in die Höhe getriebenen Preise auf den vorherigen Stand nicht mehr zurückgeht. Nach einer Statistik beträgt z. B. in Breslau der Mehrauswand für dienotwendigsten Lebensmittel, wie Brot, Butter, Kartoffeln, Kaffee, Zucker, Gemüße, Hülsenfrüchte, Milch usw., 3 Mt. wöchentlich. Diese Steigerung der Preise ist nicht eine außergewöhnliche, sondern sie reicht zum Teil schon in die letzten vier Jahre zurück, so daß man hier mit Bestimmtheit annehmen kann, daß dieselben auf ihren alten Stand nicht mehr zurückgehen. Dazu kommt doch noch, daß infolge der allgemeinen Preistreiberie auch die übrigen Lebensbedürfnisse im Preise gestiegen sind; nicht zu vergessen die Steuern, die auf Grund der Lohnnachweise mit äußerster Genauigkeit erhoben werden und man hier zum Teil selbst nicht mehr die Abgaben für Versicherungen usw. für abzugsfähig hält. Daß nun alle diese Mehrausgaben bei dem Minimum nicht bestritten werden können, ohne daß bedeutende Einschränkungen an diesen zum Leben unbedingt notwendigen Mitteln erfolgen und vor allen Dingen die Familie darunter leidet, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

Und doch, müssen in Breslau (und wohl auch anderswärts) über die Hälfte aller Kollegen mit dem Minimum auskommen. Dazu kommt noch, daß das Berechnen, welches den Gehilfen hin und wieder die Möglichkeit bot, ihre Einkommen zu erhöhen, mit der Einführung der Segmaschinen ziemlich ganz abgefaßt worden ist. Zurzeit wird hier nur noch in zwei Zeitungen zum Teil berechnet und auch andre vorteilhafte Arbeiten, wie Adressbuch usw., werden jetzt im Gewißgelde hergestellt. Hier hat sich also sogar ein Rückgang des Einkommens eingestellt. Vergessen darf auch nicht werden, daß die nicht geringe Zahl der konditionstosen Wochen doch hauptsächlich die Minimumseher trifft.

Unter den angegebenen Tatsachen kann und muß wohl jeder einsehen, daß man mit besonderer Spannung von der diesmaligen Tarifrevision erwartet, daß sie den gegebenen Verhältnissen Rechnung trägt und den Gehilfen die Möglichkeit eines anständigen Auskommens gibt.

Nun noch ein paar Worte zu den übrigen Anträgen. Die Generalversammlung des Verbandes in Hannover erklärte sich ausdrücklich bereit, die der Forderung des Gewerbetreibenden dienende Tarifgemeinschaft mit festigen und ausbauen zu helfen. Jeder, der die Geschichte des Verbandes kennt, weiß, daß der Verband jederzeit der Pflichten, die ihm von dieser Erklärung als ehelicher Tarifkontrahent erwachsen, nachkommt. Mit allen ihm zustehenden Mitteln ist er für die Befolgung der tariflichen Pflichten eingetretet. Es kann daher nicht wundernehmen, wenn man in Mitgliebskreisen bemüht ist, gewisse Bestimmungen des Tarifs, die geeignet sind, Differenzen herbeizuführen, zu verbessern und dadurch

die Reibungsflächen zu vermindern. Es zeugt dies doch davon, daß man voll und ganz auf dem Boden der Tarifgemeinschaft steht und den Tarif als ein ehernes Lohngesetz ansieht, dessen Bestimmungen man auf jeden Fall zu beachten hat. Man kann daher wohl mit Recht erwarten, daß man den auf Grund der in der vergangenen Tarifperiode gemachten Erfahrungen gestellten Abänderungsanträgen der Gehilfen Verständnis entgegenbringt und nicht, wie es bei Ausnahme eines großen Teils der Prinzipalsanträge geschehen würde, neue Differenzpunkte in den Tarif hineinträgt. Damit kann auch den Prinzipalen, die in der Tarifgemeinschaft einen möglichen Ausgleich sozialer Gegensätze erblicken, nicht gebiet sein.

Wir Gehilfen haben die Pflicht, das Tarifgebäude, unter dessen Dach sich unfrer ganzes Dasein abspielt, unfrer Existenzmöglichkeit anzupassen. Und aus dieser Pflicht heraus vereint sich das Vertrauen, das wir zu unfrer Vertretern haben, mit dem Erwarten, daß der Abschluß des Tarifvertrags einen annehmbareren Ausgleich der Punkte bringt, die die Generalversammlung in Hannover nach eingehender Erörterung der gewerblichen Lage und der organisatorischen Verhältnisse festgelegt hat.

Breslau.

H. Härtel.

Eine Epistel zur Tarifrevision.

Nur eine ganz kurze Zeitspanne trennt uns noch von dem Tage, an dem die gewählten und mit den hoffnungsfreudigsten Wünschen begleiteten Vertreter der deutschen Buchdruckergehilfen nach Berlin pilgen werden, um dort in Gemeinschaft mit den Abgeordneten der Prinzipalität darüber sich auseinanderzusetzen und zu beschließen, was nach Ablauf des derzeitigen tariflichen Lohngesetzes getan werden soll und kann, und eine zeitgemäße Hebung der ökonomischen Lage der Gehilfenschaft erzielen zu können.

Im weit höherem Maße noch als sonst stellen diese Verhandlungen und ihre Ergebnisse im Brennpunkte des Interesses der gesamten deutschen Kollegenchaft. Es dürfte gut sein, wenn sich die Prinzipalität mit der Tatsache in Einklang zu bringen weiß, daß die allgemein vorherrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse die Gehilfen dazu zwingen, in die Tarifverhandlungen die Erwartung und das Vertrauen zu setzen, daß dieselben einen bemerkbaren Fortschritt zugunsten ihrer materiellen Lage mit sich bringen werden.

Denn eine schon seit langem bestehende unerhörte und immer noch erschreckender sich gestaltende Verteuerung aller wichtigsten Lebensmittel im Grunde mit einer ebenso starken Steigerung der Wohnungsmieten erheischt gebieterisch eine den seit Ablauf der letzten Tarifkampagne außerordentlich veränderten Verhältnissen entsprechende möglichste Ausgleichung von dem, was damals war und jetzt ist!

Wenn im vorstehenden nun der Ausdruck „möglichste Ausgleichung“ gewählt worden ist, so geschah dies mit voller Überlegung. Denn die eine immer abnormere Gestaltung annehmende Verteuerung unfrer Lebenshaltung nimmt nachgerade einen so erschreckenden Grad an, daß auch selbst der weitgehendste und günstigste Tarifabschluß gar nicht in der Lage sein kann, in Markt und Pienitz diese sprunghaften und geradezu unheimlichen Preissteigerungen in vollem Maß auszugleichen. Das ist aus den verschiedensten Gründen ebensowenig denkbar wie möglich. Und sicherlich würde eine andre Regelung der Arbeitsverhältnisse, als wie sie der Tarifvertrag mit sich bringt, in noch weit geringerem Maße sich dem bestehenden Zustand anpassen vermögen. Diese Sachlage den Kollegen so vor Augen führen zu müssen, bedeutet gewiß auch für mich kein Verquänen. Aber schließlich ist es doch besser, man rechnet mit dem, was erwartet werden kann, als wenn wir daran gehen wollten, unerfüllbare Hoffnungen in uns zu erwecken, um dann nachher um so schmerzlichere Enttäuschungen betrauen zu müssen.

Denn eine wirklich durchgreifende Hebung der Lebenshaltung der minderbemittelten Volksschichten kann wohl nur dann eintreten, wenn sozial einschicksvollere Regierungen in Verbindung mit wahrhaft volksfreundlichen Parteien in den Reichs-, Landes- und Kommunalparlamenten die Maßnahmen treffen und zur Durchführung bringen, welche geeignet erscheinen, eine anhaltende Besserung in den Lebensbedingungen der arbeitenden und besitzlosen Menschen herbeizuführen. Hier, in dieser Richtung liegt des Übels Wurzel!

Es wäre nun allerdings ein fundamentaler Fehltritt, aus der erfolgten Schilderung solcher Verhältnisse etwa zu resultieren, daß demnach die Gewerkschafts- und Tarifbewegung diesen Erscheinungen gegenüber ohnmächtig sei. Dem ist durchaus nicht so! Denn die deutschen Gewerkschaften vermochten trotz alledem Hervorragendes im Interesse der wirtschaftlichen Wesserstellung der Arbeiterschaft zu leisten. Man wird dies am besten dadurch würdigen können, wenn man sich einmal ausmakt, wie es mit der Lebenshaltung der Arbeiter bestellt sein würde, wenn diese ohne den Schutz der gewerkschaftlichen Organisation, zerplittert also und aktionsunfähig, solcher Situation, wie sie jetzt vorliegt, gegenüberstünde. Unfrer eigenes Gewerbe bot noch vor etwa zehn Jahren, ehe unfrer Verband den nachstollen Aufschwung nahm und ehe unfrer Tarifgemeinschaft ihren heutigen Umfang einzunehmen vermochte, die beweiskräftigsten Beispiele zu diesem Kapitel. Wie tieftraurig sah es beispielsweise damals in Rheinland-Westfalen aus, während wir heute dort tariflich geordnete Verhältnisse vorfinden. Die erfolgreiche Wirksamkeit der Gewerkschaften ist also trotz allen gegenteiligen Argumenten unbestreitbar.

Da wir nun nach allen Klärungen von einem Vorwurf, undurchführbare Forderungen aufgestellt zu

haben, uns frei wissen, so hoffen gerade deshalb die deutschen Buchdruckerhilfen in voller Einmütigkeit, daß die Unternehmer bereit sein werden, ihren unerlässlichen Forderungen entgegenzukommen.

In diesem Sinne, glaube ich, hat denn auch die Generalversammlung unseres Verbandes in Hannover die Grundzüge entwickelt, auf deren Basis sich unsere Forderungen bei der kommenden Tarifbewegung aufbauen und verwirklichen sollen. Und man kann wohl behaupten, daß diese Richtschnur die ungeteilte Zustimmung der denkenden Kollegen gefunden hat, um so mehr, als ja dieses Forderungsprogramm in der Praxis als wohl durchführbar erscheint, d. h. daß die Tendenz jener Grundzüge tatsächlich im Bereiche des Möglichen liegt. Entsprechend dem lebendigen Interesse der Gehilfenchaft für „die Dinge, die da kommen sollen“, haben denn auch bereits verschiedene Kollegen in unserm Verbandsorgan Wünsche, Vorschläge und Anregungen veröffentlicht, die zum Teil eine wirksame Berücksichtigung spezieller Interessen irgendeiner Arbeitskategorie oder irgendwelcher besonderer Umstände des Arbeitsverhältnisses in dem so unterschiedlich sich darstellenden Tätigkeitsgebiete des Buchdruckers verlangen. Auch wir stehen gewiß auf dem Standpunkte, daß eigenartig gelagerte Arbeitsverhältnisse eine zweckentsprechende Anpassung bzw. Regelung im Tarifgesetz finden sollen. So erscheint z. B. der Grundgedanke, welcher den Artikel des Kollegen S. H. in Nr. 93 des „Korr.“: „Über Löhne in Morgenzeiten“, bezieht, zum mindesten berechtigt und in den meisten Punkten das Richtige treffend. Über so notwendig es ist, solchen besonderen Verhältnissen weitmöglichst Rechnung zu tragen, so ist trotzdem doch wohl der springende Punkt der, daß in erster Linie die Interessen der Gesamtheit einer Förderung entgegengeführt werden sollen.

Denn die wirtschaftliche Lage der Kollegen ist zurzeit allgemein so gelagert, daß bei ihnen ein hoher Grad von Unzufriedenheit mit ihren ökonomischen Verhältnissen vorzufinden ist. Nach Lage der Dinge kann man etwas anderes auch gar nicht erwarten. Vor allem muß daher dahin getrachtet werden, durch eine entsprechende Höherbringung der tariflichen Grundpositionen den Kollegen in Stadt und Land tatkräftig unter die Arme zu greifen, damit sie in die Lage gesetzt werden, ihr Einkommen und Ausgabebudget mit der bestehenden und aller Voraussicht nach durch die große Dürre usw. sich noch steigenden Teuerung wenigstens einigermaßen in Einklang zu bringen. Und nicht allein das! Es ist durchaus berechtigt, zu erwarten, daß die Höhe der Grundpositionen in Verbindung mit den Sozialzuschlägen nicht gerade so abgemessen ist, wie man so zu sagen pflegt, „von der Hand in den Mund leben“ zu können, sondern es sei dem Wunsch Ausdruck gegeben, zu erstreben, daß über diese notwendigen Bedürfnisse hinaus von dem „Tarifminimum“ wenigstens ein bescheidener „Obolus“ übrig bleibt, um den Kultur- und Bildungsbedürfnissen der Arbeiter eine breitere Gasse zu bahnen.

Zu den am wenigsten befriedigenden, weil mit den tatsächlichen Verhältnissen schlechterdings nicht harmonisierenden Punkten unseres Tarifvertrags gehören die festgelegten Bestimmungen über die Sozialzuschläge. Die Sozialzuschläge sollen ja bekanntlich vor allen Dingen in erster Linie dem Zwecke dienlich sein, einen Ausgleich her in den einzelnen Orten bestehenden, mehr oder weniger teuren Verhältnisse zu bringen. Dies trifft jedoch, zum Teil wenigstens, heutzutage gar nicht mehr zu. Die bestehenden Sozialzuschläge stehen vielfach mit den in den einzelnen Städten vorherrschenden Teuerungsverhältnissen in offensichtlichem Widerspruch. Dies geht aus der nachfolgenden Tabelle mit Beweiskraft hervor:

Ort	Abgemessene Höhe der Grundpositionen im Tarifvertrag des Jahres 1910	Sozialzuschlag in Prozenten	Minimum des tariflich festgesetzten Gehalts für Gehilfen über 24 Sozialmäßigkeitsjahre
Berlin mit Vororten	23,26	25	31,25
Breslau	24,24	15	28,75
Dresden	22,62	17 1/2	29,37
Hamburg	23,26	25	31,25
Karlsruhe	26,71	15	28,75
Konstanz	26,79	10	27,50
Köln	27,10	15	28,75
Königsberg	22,89	10	27,50
Krefeld	27,01	10	27,50
Leipzig	21,99	20	30, —
Mühlhausen im Elsaß	26,68	20	30, —
München	23,60	17 1/2	29,37
Sigmaringen	26,25	—	25, —
Strasbourg	24,30	25	31,25

Es leuchtet bei Durchsicht dieser Aufstellung auf den ersten Blick ein, daß tatsächlich die Höhe der Sozialzuschläge im Vergleich zu den in den angeführten Orten bestehenden wirklichen Teuerungsverhältnissen einfach nicht in richtigem Verhältnis sich befindet. Einige Orte schneiden da geradezu kläglich ab. Die meisten verheirateten Kollegen sind gar nicht in der Lage, die für eine vierköpfige Familie hier berechnete Nahrungsmittelausgabe, die sich übrigens nur auf 19 Nahrungsmittelarten bezieht, in solcher Höhe aufwenden zu können. Und für eine zwei- oder dreiköpfige Familie ist die Lage

* Entnommen der Gewerkschaft Statistik.

auch nicht viel günstiger liegend. Hier müssen also beträchtliche Reduzierungen im Ernährungssektor vorgenommen werden, welcher Umstand zu bedenklichen gesundheitlichen Zuständen führen kann. Es besteht also in manchen der erwähnten Städte für diese Kollegen ein unbefriedigender Notstand, zumal hier ja nur Nahrungsmittelausgaben gemeint sind, denen noch ganz beträchtliche Positionen für Wohnungsmiete (die für die wirklichen Großstädte aber wesentlich mehr in Betracht kommen als für die kleineren Orte. Red.), Kleidung, unvorhergesehene Ausgaben bei Krankheitsfällen, Mindereinnahme infolge Arbeitslosigkeit, Verbands- und Versicherungsbeiträge usw. angereicht werden müssen.

So ist es z. B. in Köln wie an verschiedenen andern Orten einfach ausgeschlossen, daß ein Familienvater, der das tarifliche Minimum oder auch einiges mehr bezieht, mit dieser Einnahme solche Ausgaben bestreiten kann. Und wir bedauern es, gerade der Kölner Prinzipalität attestieren zu müssen, daß die soziale Gerechtigkeit in ihrem Kreis in einem rühmlichen Maße nicht vertreten ist. Hat sie doch im vergangenen Jahre trotz der damals schon bestehenden Teuerungszustände den wirklich unsozialen Beschluß gefaßt, bei Einstellungen von Gehilfen eine höhere Entlohnung, als wie sie das tarifliche Minimum darstellt, „in der Regel“ nicht zu gewähren. Wir erwarten von der Prinzipalität gerade in den von einer besonderen Teuerung betroffenen Orten so viel Gerechtigkeit, daß sie — soweit es in ihren Kräften liegt — solchen Verhältnissen freiwillig durch Bewilligung von Lohn- und Gehaltssteigerungen in irgendeiner Weise entgegenzutreten sucht.

Das Motiv, das mich zu der Aufstellung der vorstehenden Tabelle veranlaßt, war, darzutun, daß bei den kommenden Tarifverhandlungen durch eine den Verhältnissen entsprechende Regelung bzw. Erhöhung der Sozialzuschläge, zumal in den ganz teuren Orten, solchen unbilligen Zuständen eine den offensichtlichsten Verhältnissen mehr angepaßte Grundlage geschaffen werden soll. Dies gilt indessen nicht nur für die größeren Städte, denn auch die Provinz bietet Beispiele genug, die eine Einführung bzw. Erhöhung der Sozialzuschläge in mancherlei kleineren Druckorten völlig rechtfertigen. Es bliebe über dieses Kapitel noch sehr vieles zu sagen übrig.

So seien denn diese Auslassungen mit dem Wunsche geschlossen, daß die erwähnten wie auch die sonstigen einer Lösung harrenden Punkte, die eine Hebung der allgemeinen Lage der Gehilfenchaft und zum Teil eine Milderung der großen Arbeitslosigkeit im Buchdruckergewerbe bezwecken, eine zufriedenstellende Regelung finden mögen. Und wenn es neben dem allen noch durchführbar ist, besondere Verbesserungen für spezielle Arbeitsverhältnisse eintreten zu lassen, so soll uns auch dies sehr willkommen sein. Denn nur dann wird unser Gewerbe auch in Zukunft einer weiteren Gesundung entgegengeführt werden können.

Borna.

J. W.

Die deutschen Gewerkschaften

im Jahre 1910.

(Schluß aus Nr. 103.)

Nachdem wir im ersten Artikel, in Nr. 103, ein genaues Bild der kraftvollen Entwicklung der freien Gewerkschaften im vorigen Jahre entrollt haben, bleibt uns der Vollständigkeit halber noch übrig, die Entwicklung der übrigen Arbeiterorganisationen, die sich teils aus politischen, teils aus religiösen oder aus noch dunkleren Gründen eine dem Unternehmertum zwar willkommene, aber für die Arbeiterchaft sehr gefährliche und schädliche Spielerei in Arbeitergespaltener leisten, einer näheren Betrachtung zu unterziehen.

Die Hirsch-Dunderscher Gewerkschaften sind auf dieser Fahrt die ersten, denen wir Begegnen. Sie hatten am Schluß des Jahres 1910 einen Mitgliederbestand von 122571, das sind 14543 oder 13,46 Proz. mehr als zu Ende des Jahres 1909. Wie diese Zunahme einzuschätzen ist, haben wir schon im vorigen Artikel gelegentlich der Gegenüberstellung der prozentualen Zunahme der Mitgliederzahlen in den freien Gewerkschaften erklärt. Danach beträgt die eigentliche Zunahme der schon im Jahre 1909 vorhandenen Gewerkschaften nur 6543 Mitglieder. Mit Ausnahme der Gewerkschaften der Metallarbeiter, der Kaufleute und der Fabrikarbeiter sind die einzelnen Gewerkschaften so gering an Mitgliederzahl, daß sie zu völliger Bedeutungslosigkeit im Wirtschaftsleben verurteilt sind.

Auf die einzelnen Berufe entfielen im Jahre 1910 Gewerkschaften Hirsch-Dunderscher Richtung mit nachstehenden Mitgliederzahlen:

Handwerker 840 (+ 20), Bergarbeiter 3613 (+ 1208), Wildhauer 324 (+ 49), Brauer 1024 (+ 54), Eisenbahner (Breslau) 1087 (+ 587), Eisenbahner (Würtemberg) 8000, Fabrik- und Handarbeiter 17033 (+ 1436), Gemeindegewerkschaften 1270 (— 74), Graphische Berufe und Maler 1245 (— 94), Holzarbeiter 5686 (— 136), Kaufleute 18585 (+ 285), Rentier 79 (— 33); die Kaiser (München) werden gleichfalls 1910 zum ersten Male geführt mit 52 Mitgliedern. Die Maschinenbau- und Metallarbeiter hatten 40584 Mitglieder (+ 2937), Reepschläger 35 (— 7); die Schiffszimmerer, für welche 1909 295 Mitglieder angegeben waren, werden 1910 nicht geführt. Aus der Statistik ist nicht ersichtlich, was aus dieser Organisation geworden ist. Die Schneider hatten 4521 Mitglieder (— 95), Schuhmacher und Lederarbeiter 5148 (+ 128), Steinarbeiter 209 (+ 9), Textilarbeiter 6991 (— 45), Töpfer 1808 (+ 88), Wäger 54 (— 3); die Zigarren- und Tabakarbeiter haben nicht berichtet, 1909 bezugbaren Mitgliederzahl 2050. Die Frauen und Mädchen

hatten 672 Mitglieder (— 11); nicht berichtet haben 16 Ortsvereine für 1251 Mitglieder.

Die Finanzverhältnisse liegen scheinbar etwas besser als der Mitgliederbestand. Die Gesamteinnahmen aller Klassen, auch der Kranken- und Begräbniskassen, beliefen sich auf 2926693 Mk. und die Gesamtausgaben erforderten 2817680 Mk. Die Gewerkschaftskasse hatte ein Gesamtvermögen von 2001074 Mk. Über auch im vergangenen Jahre unternahm die Leitung der Gewerkschaften wieder wie in früheren Jahren eine starke Färbung ihres Rechenschaftsberichts durch Hinzurechnung der Einnahmen und Ausgaben von Krankenkassen, die fast durchweg selbständig sind. Nicht einmal die Hinweise des reichsstatistischen Amtes, daß eine solche Verrechnung unzulässig sei, hat einen Einfluß auf den Zentralrat in bestimmtem Sinne ausgeübt. Die alte Mogelei wird ruhig weiter getrieben und die Mitglieder scheinen damit unverstanden zu sein. Ja, sie lassen sich sogar von ihrem Zentralrat folgenden Heldengefang im Jahresberichte vorführen: „Diese gewaltigen Zahlen sprechen für sich selber und geben jedem, der für unsre Sache wirken und werden will, eine Fülle von Material an die Hand. Wie ein starker Eichbaum stehen die Deutschen Gewerkschaften da, allen Stürmen des wirtschaftlichen Kampfes gegenüber gewappnet. Keine Organisationseinrichtung steht auf so sicherer Grundlage wie die Deutschen Gewerkschaften.“

Weniger großsprecherisch aber um etliche Grade unehrlicher arbeiten die christlichen Gewerkschaften nach und in ihren Jahresberichten für 1910. Sie jammen darüber, daß sie von allen Seiten angegriffen werden, Feinde nationaler und internationaler Art haben, und beschuldigen auch eine Regierung, die von Bayern, daß sie einem „sozialdemokratischen“ Verbands den Vorzug vor einem christlichen gegeben hätte. Wenn es wahr wäre, wäre das durchaus lässlich, denn bei der Schilderung des betreffenden Vorkommnisses zeigt sich der Charakter der christlichen Gewerkschaftsleitung. Sie bezieht den süddeutschen Eisenbahnerverband der staatsumtätigen Tendenz, um die eigene Organisation kann wie folgt zu empfehlen: „Inhalt den Bestrebungen der christlichen Arbeiterchaft, an denen der Staat das denkbar größte Interesse hat, wenigstens keine Hindernisse zu bereiten, rollen Vertreter dieses Staates geradezu Felsblöcke in den Weg, den die christliche Arbeiterchaft zu gehen hat, und bemühen sich andererseits, den staatsfeindlichen Bestrebungen der sozialdemokratischen Arbeiterchaft den Weg zu ebnen.“

In ebenso verfallener Weise wird unser Verband benutzert, um das Schöpfkind Gutenberghund reinzuwaschen. Es sind aber die bekannten alten Tiraden, die nur noch muffiger werden, je länger sie gebraucht werden. Wir wollen darum aus Reinlichkeitsgründen unsere Leser von ihrer Wiedergabe an dieser Stelle verschonen. Selbst das „Korrespondenzblatt“ schreibt zu dieser Sache: „Wir sind zu sehr an diese Kampfmethode gewöhnt, um dadurch noch zu einer Erweiterung angeregt werden zu können, finden es aber gerechtfertigt, daß auch einmal eine Staatsbehörde die Empfindung hat, daß eine solche Denunziation der eignen Arbeits- und Klassenossen auf keinen zuverlässigen Charakter schließen läßt.“

Warum übrigens im Jahresberichte der „Christlichen“ immer wieder über die vielen Anfeindungen, denen die christlichen Gewerkschaften ausgesetzt sein sollen, geklagt wird, ist nicht recht zu verstehen. Es scheint aber, daß die Leitung dieser Bewegung mit den erzielten Erfolgen selbst nicht zufrieden ist. Soweit die freien Gewerkschaften als Gegner der christlichen Gewerkschaften in Frage kommen, so ist das doch ganz gut erklärlich. Wir waren und sind auch heute noch der Meinung, daß die Gründung dieser Gewerkschaften nicht notwendig und, weil eine Zerpfitterung der Kräfte der Arbeiterchaft herbeiführend, schädlich ist. Wenn dann die christlichen Gewerkschaften, um die Arbeiterfeindliche Politik des Zentrums zu stützen, die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch indirekte Steuern und ihre Rechtsmache in der Reichsversicherungsordnung gutheißen und hierbei mitwirken, so halten wir uns verpflichtet, diese Handlungsweise gebührend zu kennzeichnen. Eine Arbeiterorganisation darf eben nicht im Dienste einer volksfeindlichen Partei das Interesse der Arbeiterklasse preisgeben. Auf gewerkschaftlichem Gebiete haben die christlichen Organisationen die Taktik der Zentralverbände in den letzten Jahren angewandt oder ammenen müssen. Bei ihrer Gründung hieß es, der Friede zwischen Kapital und Arbeit solle entgegen der verheerenden Tätigkeit der Zentralverbände gesichert werden. Im Jahresberichte für 1910 rühmen sich diese Gewerkschaften, daß sie 254 Lohnbewegungen und Streiks selbständig und 697 mit andern Organisationen geführt haben, und daß in 330 Fällen die Mehrzahl der beteiligten Arbeiter christlich organisiert war. Das sieht aber doch einem Frieden zwischen Kapital und Arbeit sehr wenig ähnlich.

Der Mitgliederbestand der christlichen Gewerkschaften, die sich in 22 Verbände gliedern, erhöhte sich im Jahresdurchschnitt von 270751 im Jahre 1909 auf 295751 im Jahre 1910 und betrug am Jahresfluß 316115. Die einzelnen Verbände teilten sich in die Jahresdurchschnittsziffer von 1910 folgendermaßen: Bauarbeiter 34048 (— 370), Bergarbeiter 82023 (+ 3404), Buchdrucker (Gutenberghund) 3018 (+ 102), Eisenbahner (bayerische) 27369 (— 586), Eisenbahner (würtembergische) 2217 (am Jahresfluß 1909 1861 Mitglieder), Eisenbahnhändler und -arbeiter 16066 (+ 7146), Gärtner 770 (+ 37), Graphischer Zentralverband 1435 (+ 31), Heimarbeiterinnen 6191 (— 388), Holzarbeiter 12409 (+ 1304), Kellner 1634 (+ 449), Keramarbeiter 8042 (+ 321), Krankenpfleger 1378 (+ 12), Lederarbeiter 4600 (+ 566), Maler 3616

(+ 271), Metallarbeiter 28 627 (+ 4437), Nahrungs- und Genussmittelindustrie 1742 (+ 530), Schneider 3786 (+ 396), Staats-, Gemeinde- und Verkehrsarbeiter 13 433 (- 1066), Tabakarbeiter 6801 (+ 1234), Telegraphenarbeiter 3110 (- 212) und Textilarbeiter 33 755 (+ 4492).

Die Jahreseinnahme sämtlicher christlichen Verbände belief sich auf 5 490 994 Mk. und die Ausgabe auf 4 916 270 Mk. Das Vermögen betrug am Jahreschlusse 6 113 710 Mk. Die hauptsächlichsten Ausgaben waren: Streit- und Gemahregelunterstützung 1 239 500 Mk., Krankenunterstützung 634 469 Mk., Uqitation 588 596 Mk., Verbandsorgane 420 039 Mk., Sterbebegl. 205 013 Mk., Reise- und Arbeitslosenunterstützung 1 684 461 Mk., Rechtschutz 114 756 Mk. und für Bibliothek- und Bildungszwecke 1 469 008 Mk.

Wenn auch die Ausgaben der christlichen Gewerkschaften, besonders jene für wirtschaftliche Kämpfe, in den letzten Jahren wesentlich gewachsen sind, so erreichen sie doch bei weitem nicht die der freien Gewerkschaften. Sowohl die christlichen Gewerkschaften als besonders die Gewerksvereine wollten ja das Hauptgewicht auf die gegenseitige Hilfe legen, vermögen aber, wie die nachfolgende Berechnung zeigt, nicht entfernt das zu leisten, was die freien Gewerkschaften ihren Mitgliedern bieten. Es veranschaulicht für:

Rechtschutz und Unterstützungen insgesamt:				
	Organi- sationen	Mit- gliederzahl	Mk.	pro Kopf Mk.
Freie Gewerkschaften	53	2 017 298	1 870 432,3	9,27
Hirsch-Dundersche Gewerksvereine	23	1 225 571	3 158 550	2,58
Christliche Gewerkschaften	22	2 951 129	1 154 275	3,91
Streiks, Ausperrungen und Gemahregelte:				
Freie Gewerkschaften	53	2 017 298	2 041 334,13	10,12
Hirsch-Dundersche Gewerksvereine	23	1 225 571	339 931	2,77
Christliche Gewerkschaften	22	2 951 129	1 239 500	4,20
Arbeitslosen resp. Reiseunterstützung:				
Freie Gewerkschaften	53	2 003 664	7 091 506	3,54
Hirsch-Dundersche Gewerksvereine	16	1 100 13	250 276	2,27
Christliche Gewerkschaften	14	2 031 116	1 684 61	0,83
Arbeitslosenunterstützung:				
Freie Gewerkschaften	41	1 666 262	6 075 522	3,65
Hirsch-Dundersche Gewerksvereine	16	1 100 13	230 757	2,10
Christliche Gewerkschaften	14	*203 116	*1 684 61	*0,83

Bei den Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinen sind hier die von dem Zentralrat für sich einbezogenen Unterstützungsleistungen der Krankenkassen nicht berücksichtigt. Hier zeigt sich die wahre Ergebnisse gefüllte Beteiligung zeigt sich, daß der „starke Eichbaum“, genannt Hirsch-Dundersche Gewerksvereine, doch recht kümmerliche Früchte trägt. Es wäre besser, die beiden in ihren Leistungen weit hinter den freien Gewerkschaften zurückstehenden Organisationsgruppen würden sich mit den gegebenen Verhältnissen abfinden und sich bemühen, das gleiche wie die ersten zu leisten, um ihren Charakter als wirtschaftliche Kampfesvereinigungen darzutun, wenn sie ihre Existenzberechtigung ernstlich nachweisen wollen. Denn unter den gegenwärtigen Verhältnissen lehrt die vorstehende Gegenüberstellung doch in deutlicher Weise, daß die Arbeiterchaft Deutschlands nur in der freien Gewerkschaften ausreichenden Schutz und genügende Rückendeckung finden kann.

Die unabhängigen und lokalen Vereine hatten im Jahre 1910 wenig Fortschritte zu verzeichnen. Ihre Mitgliederzahl erhöhte sich von 236 092 auf 253 146. Es ist über 39 Organisationen zu berichten, von denen jedoch die Mehrzahl nur einen geringen Mitgliederbestand aufzuweisen hat. Von den größeren Organisationen hatten im Jahre 1910 Mitglieder: Eisenbahnhandwerker 80 447, Polnische Berufsvereinigung 61 965, Zivilmilitär 14 218, Post- und Telegraphenarbeiter (Bayern) 13 095, Süd-deutsche Eisenbahner 12 218, Badische Eisenbahner 11 652, Deutscher Kellnerbund 10 008, Rüche 7413, Metallarbeiter (Solingen) 6271, Pfleger- und Badepersonal 4241, Kellner (Gewerksverband) 3900, Maschinisten 3770, Brauereiarbeiter 3600 und Transportarbeiter 3000. Über die Einnahmen und Ausgaben dieser Organisationen liegen nur Zeilangaben vor. Nach denselben beziffert sich die Einnahme auf 1 870 423 Mk., die Ausgabe auf 1 580 565 Mk. und der Vermögensbestand auf 1 873 493 Mk. Ein großer Teil dieser unabhängigen und lokalen Organisationen wird nur sehr bedingungsweise als gewerkschaftliche Kampfesvereinigungen angesehen werden können. Trotzdem wollen wir, weil es schwer ist, diese Verbindungen im einzelnen in ihrem Wesen zu beurteilen, sie als Gewerkschaften ansehen und der Gesamtzahl der Mitglieder der vorgenannten drei Organisationsgruppen zurechnen.

Insgesamt hatten die deutschen Gewerkschaften, zu denen wir alle bisher besprochenen Verbände (freie, christliche, Hirsch-Dundersche, unabhängige und lokale) rechnen wollen, im Jahre 1909 einen Mitgliederbestand von 24 475 538. Im Jahre 1910 hatten alle diese Verbände eine Zunahme von 2 400 006 Mitgliedern, wovon 1 846 311 auf die freien, 243 778 auf die christlichen Gewerkschaften und auf die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine 14 543 fielen; das ergab zusammen am Ende des Jahres einen Bestand von 26 881 144 Mitgliedern. Die gesamten Orga-

nisationen rechnet man mit einer Einnahme von 74 660 120 Mark, einer Ausgabe von 66 955 762 Mk. Diese Summen dürften um rund eine Million Mark zu hoch sein, weil hierin die Einnahmen und Ausgaben der Krankenkassen der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine mit enthalten sind. Der Vermögensbestand war am Jahreschlusse 62 563 782 Mark, wovon auf die freien Gewerkschaften 52 575 505 Mk. entfielen.

Die Privatbeamtenvereinigungen sind im vorstehenden nicht eingerechnet, weil sie selbst zum Teil als Gewerkschaften nicht gelten wollen. Die fortgeschrittenen dieser Organisationen suchen zwar mit denselben Mitteln wie die Gewerkschaften für ihre Mitglieder bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen, doch halten auch sie einen Anschluß an eine der Gewerkschaftsgruppen für unzweckmäßig. Deswegen ist es noch nicht an der Zeit, diese Vereinigungen den Gewerkschaften zuzuzählen. Das Statistische Jahrbuch berichtet über 18 kaufmännische Verbände mit 540 659 Mitgliedern, worunter 54 727 weibliche. Darunter ist jedoch der Verband der Handlungsgehilfen mit 12 830 und der Gewerksverein der Kaufleute mit 18 585 Mitgliedern. Diese Verbände sind der Generalkommission resp. dem Verbands der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine angeschlossen und dort bereits mitgezählt. Technikerverbände werden 19 mit 126 920, Verbände der Bureaubeamten 9 mit 23 450, Verbände landwirtschaftlicher Beamten 4 mit 20 647 und verschiedene Verbände 8 mit 73 795 Mitgliedern, insgesamt 68 Verbände mit 785 471 Mitgliedern, worunter 60 376 weibliche, gezählt. Hieron sind in Abrechnung zu bringen die oben erwähnten Verbände der Handlungsgehilfen, ferner der Verband der Lagerhalter mit 2449 und der der Bureauangestellten mit 5783 Mitgliedern, die beide der Generalkommission angeschlossen sind. Es sind somit zu zählen 54 Verbände mit 745 824 Mitgliedern. Stehen diese Organisationen zum Teil auch den Gewerkschaften ablehnend gegenüber, so werden sie doch, wenn sie ernstlich die Interessen ihrer Mitglieder wahren wollen, genötigt sein, ihr Verhalten gegenüber den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften zu ändern.

Die für den Organisationsgedanken im allgemeinen günstige Konjunktur kam jedoch auch den Unternehmerverbänden zugute. Es schloß sich bei diesen nicht nur die Zahl der Verbände, sondern auch die der Mitglieder sehr beträchtlich. Im Jahre 1909 wurden 2613 Verbände mit 115 095 und 3 854 680 Arbeitern gezählt, im Jahre 1910 dagegen 2928 Verbände mit 127 424 Mitgliedern und 4 027 440 Arbeitern. Wie sich diese Organisationen auf die einzelnen Industriezweige verteilen, zeigt folgende Zusammenstellung:

Berufsgruppe:	Jahr der Verbände	Diese hatten	
		Mitglieder	Beschäftigte Arbeiter
Landwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei	46	12 637	77 082
Bergbau, Hütten- und Salinenwerke	10	250	455 401
Industrie der Steine und Erden	100	3 094	196 511
Metallverarbeitung, Industrie der Maschinen usw.	183	132 58	749 885
Chemische Industrie	4	104	23 885
Textilindustrie	91	3 302	492 829
Papierindustrie	37	869	49 280
Leberindustrie	49	1 314	14 839
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	175	4 936	63 387
Industrie der Nahrungs- und Genussmittel	132	10 446	184 254
Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe	242	9 140	112 588
Baugewerbe	1354	51 832	448 345
Polgraphisches Gewerbe	129	5 468	75 665
Handels- und Verkehrsgewerbe	132	3 083	96 003
Gast- und Schankwirtschaft	4	404	880
Freie Berufe (Theater, Musik)	103	514	25 000
Gemischte Verbände	137	5 821	95 142
	2928	127 424	4 027 440

Mit den gelben Vereinen, der Schutztruppe des Unternehmertums, will es dagegen gar nicht recht vorwärts gehen. Im Statistischen Jahrbuch werden für 1910 92 gelbe Arbeiterverbände und Werkvereine mit 79 991 Mitgliedern gegen 85 Vereine mit 71 346 Mitgliedern im Jahre 1909 und 79 Vereine mit 63 877 Mitgliedern im Jahre 1908 gezählt. Der Lohn, welchen die Unternehmer den Arbeitern in den gelben Vereinen in Aussicht stellen, scheint doch bei der deutschen Arbeiterklasse nicht zu ziehen. Wenn man berücksichtigt, welche Mittel vielfach angewandt werden, um die Arbeiter in die gelben Vereine zu treiben, so muß man dem Ehr- und Keintlichkeitsgefühl der Arbeiterchaft nach diesem Erfolge der Bemühungen der Unternehmer ein gutes Zeugnis ausstellen. Trotz dieses Mißerfolges der gelben Organisation ist es notwendig, daß unsere Gewerkschaften ein scharfes Augenmerk auf diese Bewegung halten und jeden Versuch, von neuem Zersplitterung in die Gewerkschaftsorganisation hineinzutragen, möglichst im Keime ersticken.

So zeigte auch das Jahr 1910, daß die Gewerkschaftsbewegung unaufhaltsam im Vormarsch begriffen ist. Immer mehr fassen sich die Kampfvereine der Gewerkschaften, und schon längst besteht darüber kein Zweifel mehr, daß sie die beruflichen Organisationen der Arbeiterchaft sind. Und ganz besonders die freien Gewerkschaften können mit Verachtung auf die Entwicklung ihrer Organisationen zurückblicken. Aber wir dürfen uns, wie

Regien auf dem Dresdner Gewerkschaftskongresse ganz richtig ausführte, nicht darüber täuschen, daß die Stärke der Gegner unserer Organisationen mindestens die gleiche ist. Das hat uns gerade der Verlauf des Jahres 1910 aufs nachdrücklichste gelehrt. Denn während 1890 bis 1899 insgesamt 3772 Streiks mit 425 000 Beteiligten und 114 030 000 Mk. Ausgaben zu verzeichnen waren, brachte das Jahr 1910 allein 4110 Streiks und Ausperrungen mit 348 100 Beteiligten und einer Ausgabe von 13 460 000 Mk. Nach jeder Entwicklung können wir mit aller Sicherheit darauf rechnen, daß wir noch schweren Kämpfen entgegengehen. Daher müssen wir uns immer gegenwärtig, daß wir bei all diesen Kämpfen auf die eigene Kraft angewiesen sind. Von Gewerbegebung und Regierung können wir auf keine Hilfe rechnen. Denn der Einfluß des organisierten Unternehmertums auf die Staatsverwaltung und die Gewerbegebung ist über groß. Darum bleibt uns auch in Zukunft zur endlichen Eringung eines besseren Loses nur das Weiterschreiten auf dem bisher eingeschlagenen Weg übrig. Auf ihm sind wir Schritt für Schritt vorwärts gekommen, und nur noch wenige Jahre der gleichen Entwicklung wie seither, dann werden wir uns trotzallem auf der ganzen Linie durchgerungen und die Anerkennung erlangen haben, die den deutschen Gewerkschaften noch mancherorts von Unternehmern, Staat und Volksvertretung versagt wird.

Korrespondenzen.

tz. Bremen. (Bezirksversammlung vom 7. September.) Der „Geheimerlag“ des Parteivorstandes in Sachen des Berliner Buchdruckerkonflikts und die sich hieran anschließenden Ausführungen verschiedener Parteiblätter gaben dem Vorstehenden Veranlassung, auch das Verhalten der hiesigen „Bremser Bürgerzeitung“ bzw. einige Auslassungen derselben zu dieser Angelegenheit zu kritisieren. Er knüpfte den Wunsch hieran, daß wenn man überhaupt zu dem konflikt Stellung zu nehmen für notwendig halte, man die Arbeiterchaft wenigstens in objektiver Weise unterrichten möge. Ferner wurden die nunmehr veröffentlichten Prinzipalansätze zur Tarifrevision einer eingehenden Besprechung unterzogen und in gebührender Weise gewürdigt. Es wurde jedoch betont, daß mit der Veröffentlichung die Anträge ja noch nicht Gesetz geworden seien und die Gewerkschaft zu ihren beruflichen Vertretern im Tarifauschuß das Vertrauen habe, daß sie alles daran setzen werden, um die von der Gewerkschaft gestellten Anträge zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse zur Durchführung zu bringen; sind sie doch das Mindestmaß dessen, was als gerecht und billig anerkannt werden muß. Hierauf erstattete Kollege Elmers jun. den Bericht der Bibliotheks-Kommission, woraus zu bemerken ist, daß sich die Frequenz der Bibliothek in erfreulicher Weise wiederum steigerte. Ein Antrag auf Bemüßung der Kosten zur Neuordnung der Bibliothek wurde angenommen. Zum Schluß gab Kollege Friedrich der Versammlung ein anschauliches Bild von der Hygieneausstellung in Dresden.

Gr. Oberwalde. Dem Ernste der kommenden Zeit entsprechend war auch die am 9. September tagende gute besuchte Versammlung unsres Ortsvereins von recht kollegialen Geiste getragen. Wegen der Wichtigkeit der zur Beratung stehenden Punkte der Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen, dem „Korr.“ ein Stimmungsbild der Versammlung zuzustellen. Nach Erledigung einiger die Öffentlichkeit nicht interessierenden Angelegenheiten wurde zu dem Hauptpunkte der Tagesordnung: „Die Anträge der Prinzipale zur Tarifrevision“, übergegangen. Alle in die Debatte eingreifenden Kollegen betonten, daß der größte Teil der Prinzipalansätze für die Gewerkschaft unannehmbar sei. Trotz unsrer mächtigen Organisation, die 93 Proz. aller Berufsangehörigen in sich vereinigt, befinden wir uns jetzt tatsächlich in der Schwerestellung. Man war ferner der Ansicht, daß, wenn diese Anträge in den neu abzuschließenden Tarif aufgenommen würden, dadurch unsrer ganzen Organisationsarbeit der letzten 15 Jahre aller Wert genommen würde. Es wurde betont, daß es der Gewerkschaft nicht um einen Tarif um jeden Preis zu tun sein könne. Was man kam man auf den von unsrem Orte beantragten Lokalzuschlag zu sprechen. Wer den Lustkurort Oberwalde, die Beamtenstadt und den Rufßiß von Pensionären und hohen Mittäts, kennt, wird auch wissen, daß die Preise für Lebensmittel usw. hier über Berliner Preise stehen. Es ist dem verheirateten Kollegen, zumal noch bei starker Familie, unmöglich, hier mit dem Minimum auszukommen. Es wurde beschlossen, zwei Kollegen zwecks Begründung des Lokalzuschlags zur Kreisamtsitzung zu entsenden; den zweiten auf Kosten des Ortsvereins. Unsren Kollegen im Tarifauschuß aber wurde das Vertrauen entgegengebracht, daß sie unsren berechtigten Anträgen Geltung verschaffen werden. Dem Gros der Prinzipalansätze gegenüber aber sollten sie tun, was sie uns als Kollegen schuldig sind.

R. Giech. (Verteljahresbericht.) Unser Johannisfest fand am 2. Juli in Gestalt eines Wadefestes im Hardwäldchen statt und verlief in recht kollegialer Weise. — Die Versammlung am 15. Juli erledigte einige interne Angelegenheiten und kam sodann unter „Beschiedenes“ auch auf die Berliner Vorgänge zu sprechen. — Eine außerordentliche Versammlung am 26. Juli hatte nur die Wahl eines Delegierten zur Kreisversammlung in Frankfurt auf der Tagesordnung. Als solcher wurde Kollege Meh gewählt. — In der am 12. August abgehaltenen Versammlung wurde u. a. der Bericht von der Kreisversammlung gegeben. Ferner wurde ein Kollege wegen Nesten ausgeschlossen und das Nestantenwesen scharf verurteilt.

*) Zustufte der Reiseunterstützung.

— Die Versammlung vom 9. September beschäftigte sich nach einigen geschäftlichen Angelegenheiten in der Hauptsache mit dem in „Korr.“ veröffentlichten Anträgen mit Stern. Die Versammlung erklärte darin nichts weiter, als die Absicht zu durchgehenden Verschlechterungen. Es wurde folgende Entschliessung angenommen: „Die heute im Gewerkschaftshaus tagende Ortsversammlung festsetzt das volle Vertrauen in unsere Gewerkschaftsvertreter bei den kommenden Tarifverhandlungen, betreffs der Tarifanträge der Prinzipale. In diesem Sinne sehen wir dem Verlaufe der Tarifverhandlungen mit gebührender Ruhe entgegen.“ Den Schluss der Versammlung bildete der „Kartellbericht“ und „Verchiedenes“.

z. Hamburg. (Außerordentliche Generalversammlung des Buchdruckervereins am 8. September.) Der Vorsitzende Dreier teilte unter andern Personalien zunächst mit, daß die Prinzipale G. Gehardt und Ferdinand Schulz ausgetreten seien. Die Versammlung beschäftigte sich alsdann eingehend mit Verhandlungsangelegenheiten. Darauf nahm Kollege Bröpfer das Wort und ging näher auf die Anträge zur Tarifrevision und den Geschäftsbericht des Tarifamts ein. Die Anträge in diesem Berichte, daß die Gehilfenschaft mit ihren Anträgen zu weit gegangen sei, müsse entschieden zurückgewiesen werden, viel eher könnte man dies von den Prinzipalsanträgen behaupten. Die Berliner Vorgänge würden seitens der Scharmacher bis ins unendliche ausgebeutet, demgegenüber sei die Haltung des „Korr.“ jetzt viel zu schwach; es müsse stets darauf hingewiesen werden, daß wir eine Macht seien mit den 93 Proz. Organisierten, stattdessen aber ein bescheidenes Getue. Bei der richtigen Hervorhebung dieser Macht seitens des Verbandsorgans hätte man es gar nicht wagen können, den Gutenbergsbund noch zu den Tarifverhandlungen einzuladen. In unsern Vertretern müßten wir aber zurufen: Beschließt, wie die Generalversammlung in Hannover es vorgezeichnet, wir stehen hinter euch! In zustimmendem Sinne äußerten sich noch die Kollegen Wegler, Rump und Jayrmarkt, der noch auf die Tarife von Österreich, Dänemark und der Schweiz verwies, die seines Erachtens schon teilweise bessere Positionen haben als wir. Kollege Dreier erwiderte, daß man von den Prinzipalen doch keine Anträge zugunsten der Gehilfen erwarten könne. Die Tarife der umliegenden Länder hätten auch keine besseren Positionen, aber zum Teil seien die wirklichen Verhältnisse bedeutend schlechter. Notwendig sei es aber, daß die Gehilfenschaft einig und geschlossen hinter ihren Vertretern stehe. Den Kartellbericht erstattete dann noch Kollege Neufcher, besonders die Wahl eines Bibliothekars, das Wirken der Kinderstuhlkommision und das Arbeiterbewußtsein besprechend. Redner forderte dann noch sämtliche Mitglieder auf, sich der „Produktion“ anzuschließen und wies auf den Boykott der Fabrikate der Mühlenfirma Plange in Düsseldorf hin.

Anmerkung der Redaktion: Was für Scharmacher meint denn Kollege Bröpfer? Die in unserm Gewerbe? Dann müßte er wissen, daß die Redaktion erst in den letzten Wochen ihnen in zwei besonderen Artikeln zu Leibe ging. Das dürfte wohl genügen, denn es gibt auch außer uns noch Kollegen genug im Verbands, die ein fortgesetztes Herumfalschen mit jenen Leuten für zwecklos halten, denn sie schreiben ja trotzdem, was sie wollen; dem „Korr.“ aber geht der Raum für nützlichere Sachen verloren. Wenn andre Scharmachereie noch immer die Berliner Vorgänge fruchtbareren sollten, wie Kollege Bröpfer behauptet, so wäre das ja ein Beweis mehr, wessen Mühen man damit klappern machte. Da uns aber seit einer ganzen Reihe von Wochen darüber nichts zugegangen ist, so kann man doch nur annehmen, daß die Kollegen, denen solche Scharmachereien zu Gesicht kommen, eine andre Auffassung wie der Kollege Bröpfer über diese Stillübungen haben, sonst würden sie uns doch davon unterrichten. Betreffs der Zulassung des Gutenbergsbundes zu den Tarifverhandlungen zeigt sich Kollege Bröpfer recht unkundig. In den Jahren 1906 und 1907 ist sie bereits erfolgt, und ab 1908 regelt sie sich wie die der andern buchgewerblichen Korporationen nach der Note 17 im Tarifkommentare zum § 87. Es liegt hier also ein Beschluß des Tarifausschusses vor. Außerdem fand diese Frage im Prinzip schon eine Regelung durch die den Organisationsvertrag vorbereitenden Konferenzen zwischen sechs Vertretern des Deutschen Buchdruckervereins und unsres Verbandes im Jahre 1906 (siehe Punkt 3 der „Besonderen Beschlüsse und Resolutionen“). Außer den Vertretern dieser beiden Hauptorganisationen hat von den beruflichen Vereinigungen aber niemand eine Stimme im Tarifausschuss. Und nun noch eins: Die Redaktion betrachtet es nicht als ihre Aufgabe, die Situation durch überflüssige Scharmachereie noch mehr zu erschweren. Starke Worte zu gebrauchen, erfordert der Notfall; sonst aber gehören sie zum Waffenarsenal der „Einigkeit“ und sonstiger Leute, die zur Ohnmacht verurteilt sind. Die Interessen der Kollegen sind und werden auf das beste durch die von dem Verbandsorgane gewahrt werden. Aber nicht durch lärmende Artikel aus dem Handgelenke, sondern durch beweiskräftige, verantwortungsmögliche Ausführungen.

W. Heilbronn. Der hiesige Maschinenmeisterverein feierte am 27. August unter zahlreicher Beteiligung der Kollegenschaft das Fest seines zehnjährigen Bestehens und in Verbindung damit das Kinderfest des Ortsvereins. Auswärtige Gäste hatten sich in Stärke von 120 Kollegen aus Stuttgart, Ludwigsburg, Eßlingen, Reutlingen, Tübingen und Pforzheim eingefunden. Ein Freischwappen vereinigte sämtliche Teilnehmer auf dem Wartberge. Nachmittags wurde die Stadt und das jetzt renovierte Rathaus (ein Renaissancebau aus dem 16. Jahrhundert) be-

sichtigt, woran sich die eigentliche Festlichkeit, die aus Gartenkonzert, Gesangsvorträgen des Gesangvereins „Gutenbergs“, Preisquadräteln und Kinderbelustigung bestand, schloß. Nach der Begrüßung durch unsern Vorsitzenden Schneider hielt Kollege Wäsele (Stuttgart), ein Mitbegründer des Vereins, die Festrede. Er entlegte sich seiner Aufgabe in vortrefflicher Weise. Ein fröhliches Treiben entwickelte sich nun, wobei auch die Kinderstube nicht zu kurz kam. Ein Käzchen beschloß das von kollegialen Geiste getragene Fest.

Mannheim-Ludwigsburg. (Majchinenmeister-Verein.) Am 2. September fand unsere diesjährige Halbjahrsversammlung statt. Der vom Kassierer erstattete Kasienbericht ist als ein guter zu bezeichnen. Das Vermögen des Klubs beträgt 675,56 Mk. Der Mitgliederstand ist gegenwärtig 81. Auch wurde in dieser Versammlung die erste Nummer der „Technischen Mitteilungen“ an die Mitglieder verteilt, die lebhaftes Interesse fand. Für den Monat Oktober ist ein Lichtbildvortrag über „Die Herstellung von Klischees“ vorgesehen. Beim Punkt „Stiftungsfest“ wurde beschlossen, es am 17. September durch einen Ausflug nach dem herrlichen Pfalzgebirge zu feiern. Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten endete die leider wieder sehr schlecht besuchte Versammlung. Von 81 Mitgliedern hatten es nur 28 für nötig gefunden, die Versammlung zu besuchen.

Münster i. W. Befandete schon bisher ein großer Teil unserer Mitglieder durch guten Versammlungsbesuch, daß sie den Vorgängen im Gewerbe nicht teilnahmslos gegenüberstehen, so war die am 2. September abgehaltene Monatsversammlung, in welcher wir unsern stellvertretenden Gauvorsteher Betram (Köln) begrüßen konnten, fast vollständig besetzt. Einem vorliegenden Aufnahmegesuche konnte besonderer Umstände wegen nur unter Vorbehalt entsprochen werden. Die „Vereinsmitteilungen“ betrafen außer einem Zirkulare des Zentralvorstandes vorwiegend örtliche Angelegenheiten. Hierauf erhielt Kollege Betram das Wort zu seinem Referate: „Die Situation im Gewerbe vor der Tarifrevision“. In einhaltstündigen wohlüberdachten Ausführungen verstand es der Redner, durch eingehende Erörterung aller in Frage kommenden Momente die Versammlung zu fesseln, wofür ihm reichlicher Beifall und namens der Versammlung der Dank des Vorsitzenden zuteil wurde. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Nachdem der Punkt „Verchiedenes“ erledigt und die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen worden war, gab der Gesangverein „Typographia“ noch einige Liedervorträge zum besten und vereinte die Mitglieder zu einer gemüthlichen Nachjagung.

Trebbin. (Vierteljahrsbericht.) In dem letzten Vierteljahre wurden nur zwei Monatsversammlungen abgehalten, welche beide gut besucht waren. In der Versammlung vom 5. August gab Kollege Wegler den Bericht vom Gantag. Er betonte u. a., daß der Gantag in Potsdam nichts Positives geleistet habe, da er sehr unter Meinungsverschiedenheiten zu leiden hatte. Den Bericht von der Kreisversammlung in Stettin erstattete Kollege Klau. In dieser Versammlung waren sieben Rudenwalder Kollegen anwesend. Bei dieser Gelegenheit wurde angeregt, den Rudenwalder Ortsverein der geringen Mitgliederzahl halber dem Trebbiner Verein anzuschließen. Im übrigen wäre nur noch zu erwähnen, daß nun auch die Firma G. Hagen den Tarif anerkannt hat. — In der Versammlung vom 2. September wurden nach Abnahme der Abrechnung und Dechargeerteilung des Kassierers die von den Prinzipalen gestellten Tarifanträge einer kurzen Kritik unterzogen. Die noch nicht festgelegte nächste Bezirksversammlung in Berlin wird uns den Bericht von den Tarifverhandlungen bringen. Ferner lag noch das Programm vom Bildungsausschusse vor, welches wieder einen Vortragszyklus (umfassend vier Sonntage) abhalten will. Zu den entstehenden Kosten wurde eine Beihilfe bewilligt.

Hn. Worms. (Bezirksversammlung am 2. September.) Kollege Kolb erstattete in dieser Versammlung Bericht von der letzten Kartellbesprechung. Usdann ergriff Gauvorsteher Fuhs (Mannheim) das Wort zum Referat über den Gewerkschaftskongress in Dresden. In einhaltstündigen vorzüglichen Ausführungen schilderte der Referent die gepflogenen Verhandlungen, besonders hervorhebend, welche kolossalen Aufschwung die Arbeiterbewegung im letzten Jahrzehnte genommen hat. Nach kurzer Diskussion schloß die leider verhältnismäßig schwach besuchte Versammlung. Die Mitglieder werden an dieser Stelle ermahnt, sich doch in Anbetracht der uns bevorstehenden ersten Zeit reger am Versammlungsleben zu beteiligen; ein jeder muß sich seiner Pflichten als Verbandsmitglied bewußt sein.

Rundschau.

Anmeldung zur Gehilfenprüfung in München. Am 14. und 15. Oktober findet in der Buchdruckerfachschule zu München, Brandstraße 2, die nächste Buchdruckergehilfenprüfung statt. Anmeldungen sind zu richten an den Vorsitzenden der Prüfungskommission, Herrn J. W. Graß, Buchdruckermeister, München, Geschäftsstelle: Goethestraße 12, I., von wo auch die vorgeschriebenen Anmeldeungsformulare zu beziehen sind.

Die Meisterprüfung bestanden vor der Stettiner Handwerkskammer zwei Kollegen aus Kolberg mit dem Prädikate „Gut“.

Der Preischleuberei für schuldig befunden wurde vom Ehren- und Schiedsgerichte des Vereins Ver-

liner Buchdruckermeister die Buchdruckerei von Brünig & Hörhold in Berlin-Schöneberg. Die Firma brachte für eine Drucksache mit großer Auflage einen Verkaufspreis von nur 1,65 Mk. in Umlauf, während der reguläre Preis nach den Ermittlungen des Ehren- und Schiedsgerichts mit 2,95 Mk. zu berechnen gewesen wäre. Diesen Unterschied hielt die Schiedsinstantz für so beträchtlich, daß sie das Angebot der genannten Firma als Preischleuberei ansehen mußte. Wegen der Schwere des Falles wurde außerdem auf Veröffentlichung der Entscheidung in der Fachpresse erkannt.

Bankrott einer Linotypiefirma. Laut Mitteilung der „Wendepost“ in Chicago meldete die dortige Selbmaschinenfabrik Mecklenburg & Porter Company dem Bundesbankgericht Konkurs an. Sie besitzt ihre Verbindlichkeiten auf 13948,40, ihre Bestände auf 14042,26 Pfd. Sterling. Ihr Präsident gab die Erklärung ab, daß die Übernahme der Bestände, die meist aus Borräten, Maschinenei und ausstehenden Forderungen bestanden, seitens des Gerichts ihm sehr erwünscht sei, da die Firma die Forderungen der Gläubiger nicht befriedigen könnte.

Die Unterstellungen des Buchdruckerbesizers Intrau in Stotternheim bei Erfurt stellten sich als erheblich höher heraus, als anfangs angenommen wurde. Nach einer Mitteilung des „Türinger Tageblatt“ beträgt das Defizit an Spareinlagen und Mindergebühren, die dem J. als Gemeinderatsmitglied anvertraut waren, mehr als 100000 Mk. und nicht nur 35000 Mk., wie wir in Nr. 104 berichteten. Intrau soll sich im Gefängnisse durch Erhängen das Leben genommen haben.

Unfälle an Notationsmaschinen waren im Januar dieses Jahres nach einem neueren Berichte der Buchdruckerberufsgenossenschaft in ganz Deutschland zehn zu verzeichnen.

Geweimtypendruker für drahtlose Telegraphie wird eine neue Erfindung eines schwedischen Marineoffiziers genannt, die von der deutschen Militärverwaltung angekauft wurde. Durch den neuen Apparat soll das bisher möglich gewesene Auffangen von Funkentelegrammen durch Unberechtigte vollständig ausgeschlossen sein. Der neue Apparat ist eine Kombination von drahtloser Telegraphie und Typendruck. In dem Aufnahme- und Sendeapparate sind eigenartige Maschinen enthalten, die beide auf das selbe Prinzip einer Geweimschrift gearbeitet sind. Wird nun von der einen Seite ein Telegramm ausgesendet, so wird durch den Umformer in dem drahtlosen Apparate jeder einzelne Buchstabe nach einem bestimmten Schlüssel umgewandelt. Somit die drahtlosen Wellen den Aufnahmeapparat treffen, werden sie von dem in dem Aufnahmeapparat befindlichen Umformer, der genau denselben Schlüssel haben muß, wieder in das richtige deutsche Wort umgewandelt. Wird also ein drahtloses Telegramm von einem Unberechtigten aufgefangen; so erhält er irgendwelche Konsonanten, die ganz zusammenhanglos sind. Selbst wenn er einen gleichen Apparat hat, kann er die Worte nicht entsiffern, da dieser Apparat einen andern Schlüssel hat und dadurch eine Entsifferung unmöglich macht. Sehr bedeutsam ist bei dem Apparate die Einrichtung, daß die Telegramme sofort durch Typendruck hergestellt werden. Somit die drahtlose Welle den Empfangsapparat trifft, wird nicht nur der Buchstabe sofort umgeformt, sondern er wird auch durch einen Typendruker sogleich gedruckt. Dadurch ist es möglich, daß auch einfache Mannschaften ein drahtloses Telegramm mit diesem Apparat aufnehmen können. Ferner sind Hilfsverfahren sind ausgeschlossen. Vorläufig wird die neue Erfindung nur militärischen Zwecken dienen.

Der Verein „Arbeiterpresse“ hielt am 9. und 10. September dieses Jahres in Jena bei Anwesenheit von etwa 200 Mitgliedern seine 12. Generalversammlung ab. Die Debatte über den Geschäftsbericht zeitigte den mehrfachen Wunsch, entsprechend der fortschreitenden Vertierung aller Lebensbedürfnisse die Unterstützungsätze für Witwen, Waisen und Invaliden zu erhöhen. Schließlich wurde der Beschluß gefaßt, im nächsten Jahr eine Generalversammlung abzuhalten und auf dieser das Weitere in dieser Frage zu beschließen. Der Kasienbericht wies in Einnahme und Ausgabe die Summe von 9952 Mk. bei einem Vermögen von 7879 Mk. auf. Es wurde beschlossen, in den Installationsbedingungen und -verträgen des Vereins für die erste Gruppe (Redakteure und Berichterstatter) das Mindestgehalt von 1800 auf 2200 Mk. jährlich heraufzusetzen und als obere Grenze nicht mehr 3600, sondern 4200 Mk. einzustellen. Die Gehaltssteigerungen sollen sich in Jahresstufen von 120 Mk. vollziehen. Bezüglich der Ferienbestimmung wurde der Wunsch ausgesprochen, daß nach fünfjähriger Angestelltenzeitigkeit in der Arbeiterbewegung drei Wochen Ferien gewährt werden sollen. Zur Vespredung und Durchführung dieser Reformen wurde der Vorstand beauftragt, mit den zuständigen Instanzen in Verbindung zu treten. Sodann wurde noch in eingehender Aussprache über verschiedene, die Freiheit der Presse einengende gesetzliche Bestimmungen gesprochen und in entsprechenden Resolutionen der Standpunkt des Vereins Arbeiterpresse dazu präzisiert. Insbesondere wird vom Reichsjustizminister gefordert, Fürsorge zu treffen, daß den wegen angeblich politischer oder gewerkschaftlicher Vergehen zu Gefängnisstrafen verurteilten Personen eine anständigere Behandlung in den Gefängnissen zuteil wird. Im weiteren wurde ein Antrag einstimmig angenommen, gegen die geplante Veränderung der §§ 186, 187 und 189 des Entwurfs des Strafgesetzbuchs in einer Eingabe an den Reichstag entscheidenden Protest zu erheben, weil durch die vorgesehene Veränderung eine schwere Bedrohung der ohnehin kümmerlichen deutschen

Pressefreiheit herbeigeführt würde. Die Existenz kleiner Blätter würde mit einem Schläge vernichtet, die mittlerer schwer erschüttert, wenn die Höhe der Geldstrafen für Presseverleumdungen bis zu 10000 Mk. und die der Buße bis zur Höhe von 20000 Mk. festgesetzt werden kann, wie es der Antrag bestimmt. Die Festsetzung solcher hohen Geldstrafen und Bußen heiße den Gerichten die Befugnis zur Unterdrückung mißliebiger Zeitungen geben. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt und als Sitz des Ausschusses Hamburg wieder bestätigt.

Pressexperten sollen, wie die Fachpresse meldet, gelegentlich der Kommissionsberatungen für das Strafgesetzbuch für jenen Teil hinzugezogen werden, der die strafgesetzbuchlichen Bestimmungen für die Presse enthält. Die Beratungen beginnen Mitte Dezember und dürften sich bis nächstes Frühjahr ausdehnen.

Amliche Nachrichten für Handel und Industrie. Wie die „Buchdruckermacht“ meldet, hat der Staatssekretär des Innern etwa 60 Vertreter von Handel, Industrie und Landwirtschaft zur Teilnahme an einer mündlichen Erörterung darüber eingeladen, wie die im Reichsamt des Innern zusammengestellten Nachrichten für Handel und Industrie noch mehr als bisher den Zwecken des Erwerbslebens dienlich zu machen wären. Der Gedanke ist nicht über. Er stellt der Regierung das Zeugnis dafür aus, daß sie den Willen hat, dem Handel und der Industrie behilflich zu sein. Nur scheint sie dabei vergessen zu haben, daß Handel und Industrie nicht nur allein von Unternehmern getragen werden, sondern in mind. gleich hohem Maße von der Arbeiterkraft. Von einer Verupung Sachverständiger von dieser Seite zu der geplanten Aussprache hat man aber noch nichts gehört.

Ein besserer Schutz geistigen Eigentums in Amerika. Durch eine Entscheidung des obersten Gerichtshofs der Vereinigten Staaten von Nordamerika ist ein wichtiger Nachdruckprozeß zum Abschlusse gekommen, der die amerikanischen Gerichte länger als ein Jahrzehnt beschäftigt hat. Die Photographische Gesellschaft in Berlin hat ihn wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung für den Schutz deutscher Verlagsrechte in Amerika gegen die American Lithographic Co. (den sehr kapitalkräftigen Erbst der Lithographen) in New York durchgeführt. Es handelt sich um den Nachdruck eines Bildes, dessen Verlagsrecht der Photographischen Gesellschaft in Berlin gehört, und das unter Kenntnis dieses Rechts der Lithographenvertrags als Plakat für den amerikanischen Tabaktrust hergestellt hatte, um den Beweis zu führen, daß das amerikanische Gesetz ausländischen Verlagsrechten keinen Schutz gewähre. Nachdem bereits vor einigen Jahren der oberste Gerichtshof das Verlagsrecht des freitigen Bildes auch für die Vereinigten Staaten als zu Recht bestehend anerkannt hatte, ist die beklagte Partei jetzt im Strafprozeß zu einer Buße von 10000 Dollar (40000 Mk.) nebst 6 Proz. Zinsen verurteilt worden. Dies ist die höchste Buße, die das amerikanische Urheberrechtsgesetz vorsieht, und es ist das erstmal, daß sie zuerkannt worden ist; die Hälfte der Buße erhält der Kläger, die andre Hälfte die Vereinigten Staaten. Die Prozeßkosten, die dem Kläger nur zu einem unbedeutenden Teile vergütet werden, stellen ein kleines Vermögen dar: die Gesamtkosten beider Parteien belaufen sich auf etwa 150000 Mk. Die „Wohlfühl-Zeitung“ bemerkt zu dieser Mitteilung: „Der Prozeß ist von weittragender Bedeutung für Deutschland wie für alle europäischen Länder, die mit den Vereinigten Staaten Urheberrechtsverträge haben.“ In Amerika wurde der Prozeß in den Kreisen der Nachdruckinteressen mit Aufmerksamkeit verfolgt. Noch während er schwebte, hat er zur Folge gehabt, daß Nachdrucker in Amerika so gut wie nicht mehr vorkamen. Das erklärt sich daraus, daß die amerikanischen Nachdrucker bei der Höhe der dort drohenden Straffumme keinen Vorteil erhoffen können.“

Die Streitversicherungskassen der Unternehmer haben im vergangenen Jahre für das Scharfmachertum schwerer bluten müssen. Sie haben beinahe ihr ganzes Pulver verschossen, so daß ziemlich Ebbe in ihren Kassen eingetreten ist. Dem Hauptanteil aller Ansprüche stellte natürlich der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller mit 1 757 798 Tagen, für die er Entschädigung verlangte. Der verfügbare Kasseebestand der Hauptgesellschaft war zu gering, um solchen Anforderungen genügen zu können; dem Reservefonds mußten über 200000 Mk. entnommen werden. Die Rückversicherungsgesellschaft hat also nicht nur nichts erlöhrt, sondern noch ganz gewaltig drauflegen müssen. Vier große Firmen der Metallindustriellen erhielten allein über 500000 Mk. oder 40 Proz. der gesamten erforderlichen Streitfähigkeit ausbezahlt. Ein ganz genauer Bericht über den jetzigen Stand dieses modernsten Versicherungszweiges wird der Öffentlichkeit von den Unternehmern vorkommen. Die vorstehenden Teilmengen, die so zwischenwärtig gesammelt werden konnten, lassen jedoch keinen Zweifel darüber, warum man auf diesem Gebiete so schweigsam ist.

Christliche Gewerkschaftler und katholische Gesellenhändler sollten doch im allgemeinen sehr gut zueinander passen. In Menden (Westfalen) ist das aber anders. Dort wurde christlichen Gewerkschaftlern, die mit ihren Unternehmern wegen Ablehnung beschiedener Forderungen in Differenz geraten sind, der Saal des dortigen Gesellenhauses von den Unternehmern abgetrieben. Es wurde für ein solches Verfahren die Ansicht geltend gemacht, daß das Gesellenhaus auch vom Werke der Unternehmer gebaut sei und darum den Widersachern der Unternehmer nicht zur Verfügung gestellt werden dürfe. Unlogisch ist ja dieser Standpunkt nicht zu nennen, aber es bleibt dabei für die christlichen Gewerkschaftler die Lehre übrig, daß ihr

Glaube an Solidarität mit den Unternehmern sehr wacklig ist, und daß die freien Gewerkschaften mit ihrem Zweifel an dieser Sache gar nicht auf dem Holzwege sind.

Ein Generalfreist aus Patriotismus. Der bombastische „Aufruf“ von Stegerwald und Behrens, den wir schon in Nr. 103 beleuchteten, gab der „Berliner Volkszeitung“ Gelegenheit, in einem besonderen Artikel die Wirkung eines Krieges in der Gegenwart auf das gewerbliche und wirtschaftliche Leben des deutschen Volkes in Vergleich zur Massenstreikbewegung überlieferter politischer Geiselporne zu bringen. Das Blatt kommt dabei zu dem Resultate, daß wir im Falle eines Krieges ganz von selber einen Generalfreist bekommen würden, ohne daß die Sozialdemokratie einen Finger zu rühren brauchte. Zum Beweise der Richtigkeit dieser Anschauung wird folgendes ins Feld geführt: Die amtliche Statistik ergibt, daß es im ganzen Deutschen Reich an wehrfähigen Männern von militärdienstpflichtigen Alter an bis zum Schlusse der Landwehzeit 8 Millionen Deutsche gibt. Von diesen 8 Millionen werden für die Kriegsführung 4 1/2 Millionen auf die Weine gebracht. In den Kontoren, in den Fabriken, in der Landwirtschaft, im Transportgewerbe (bei den Straßenbahnen usw.), in allen andern gewerblichen Betrieben werden also nicht mehr halb so viel Menschen tätig sein können wie jetzt. Der Arbeiter bleibt zur Hälfte unbeschäftigt liegen; viele Betriebe werden einfach geschlossen werden müssen. Für die Zurückbleibenden kann nicht genug Vieh geschlachtet, nicht genug Brot gebacken werden; sind sich doch hervorragende Militärschriftsteller darüber einig, daß wenn heute eine Armee von 4 1/2 Millionen Menschen aus dem Volke herausgenommen wird, der zurückbleibende Teil des Volkes der Gefahr des Verhungerns genau so ausgesetzt ist wie die Armee von 4 1/2 Millionen Mann: Der Militarismus in seiner höchsten Entwicklung trägt auf diese Weise den Keim seiner eignen Vernichtung in sich! Dies ist auch der Grund, warum jede Regierung Europas, die sich ihrer ungeheuren Verantwortung bewußt ist, den berühmten nächsten „europäischen Krieg“ vermeidet. Es haben sich demnach bei Nicht betrachtet die Strategen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in ihrer entsetzlichen Angst vor den Folgen einer Propaganda für den politischen Massenstreik an eine ganz falsche Adresse gewandt. Sie hätten sich an die Kriegsgegner wenden müssen und nicht an die Kriegsbefürworter, wenn sie wirklich einen Generalfreist als nationales Unglück betrachten. Aber das ließ ihr „Mannesstolz“ nicht zu.

Die Frage obligatorischer Einigungsämter für Arbeitsstreitigkeiten ist infolge der großen Arbeitskämpfe in England wieder in den Vordergrund des allgemeinen Interesses getreten. Infolgedessen wird auch einem entsprechenden Gesetzentwurf, der von Arbeiterversprechern im englischen Unterhaus eingebracht wurde, in der breiteren Öffentlichkeit besondere Bedeutung beigelegt. Er verdient aber auch eingehende Beachtung in Deutschland. Denn in ihm sind mancher Punkte enthalten, die vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus untergeschrieben werden können und es wünschenswert erscheinen lassen, ein ähnliches Gesetz in Deutschland eingeführt zu sehen. Der englische Gesetzentwurf umfaßt nur 16 Paragraphen und sieht folgende Ordnung in der Erhebung von Arbeitsstreitigkeiten vor: Wenn eine Lohnstreitigkeit zwischen Arbeitern und Unternehmern entsteht, darf kein Streik oder Ausperrung verhängt werden, ehe nicht ein Schiedsgericht des Arbeitsamts in Anspruch genommen wurde. Das Arbeitsamt hat auf ein solches Ansuchen innerhalb 15 Tagen ein Schiedsgericht einzusetzen. Jedes Schiedsgericht soll aus drei Personen bestehen, die das Arbeitsamt ernannt; doch haben Arbeiter und Unternehmer das Recht, je einen Vertreter vorzuschlagen und diese beiden zusammen schlagen den Dritten vor. Kein Schiedsrichter darf irgendein materielles Interesse am Ausgang der Streitigkeit haben. Erst wenn das Schiedsgericht außerstande ist, eine Einigung oder einen Schiedspruch herbeizuführen, der von den Parteien anerkannt wird, ist Streik oder Ausperrung rechtlich zulässig. Dem Schiedsgericht sind nur solche Streitigkeiten zu unterbreiten, bei denen mehr als zehn Arbeiter beteiligt sind. Das Schiedsgericht kann Zeugen vernehmen und hat das Recht und die Macht, alle Baulichkeiten, Bergwerke, Fabriken und dergleichen zu besichtigen, wenn es das Interesse der Sache erfordert. Für die Zeit ihrer Tätigkeit werden die Schiedsrichter vom Staate bezahlt. Verlangen Arbeiter oder Unternehmer irgendeine Änderung der bisherigen Arbeitsbedingungen, so müssen sie das dreißig Tage vorher der Gegenpartei mitteilen. Einigen sich die Parteien nicht und kommt die Sache vor das Schiedsgericht, so bleiben die bisherigen Arbeitsbedingungen solange bestehen, bis der Fall am Schiedsgericht erledigt ist. Ein Unternehmer, der entgegen den Bestimmungen des Gesetzes eine Ausperrung erklärt, hat eine Strafe von 400 Mk. und außerdem 4000 Mk. für jeden Tag der Ausperrung zu bezahlen. Arbeiter, die entgegen diesen Gesetzesbestimmungen sich an einem Streik beteiligen, verfallen einer täglichen Geldstrafe von 40 bis 200 Mk. Der Gesetzentwurf wird voraussichtlich im Oktober im englischen Unterhaus zur Beratung kommen und hat sehr viel Aussicht auf Annahme, da besonders die letzten Vorgänge in England die öffentliche Meinung in scharfer Ablehnung des Herrenstandpunktes der Unternehmer gebracht hat.

Postkarten mit Klameaufdruck auf der Vorderseite finden nach einer neuerlichen Entscheidung des Reichspostamts keine Veranlassung, wenn der Inhalt der Klame sonst nicht gegen gesetzliche Bestimmungen verstößt. Es darf aber durch die Klame auf der Adressseite der für die Aufschrift vorgesehene Raum nicht ver-

kleinert werden. Zugleich hat die Oberpostdirektion in Berlin eine Entscheidung über die Größe dieser Karten, die von einer Berliner Firma seit kurzer Zeit hergestellt werden und wegen des Klameaufdruckes für 2 Pf. anstatt für 5 Pf. zu kaufen sind, folgendes entschieden: Es wird als unwesentlich angesehen, wenn derartige von der Privatindustrie hergestellte Postkarten bis zu einem halben Zentimeter größer sind als die amtlichen Formulare, oder wenn sie das Doppelte des Gewichtes dieser Formulare nicht überschreiten. Im Verkehr mit dem Auslande sind derartige Abweichungen in der Größe und in dem Gewichte der Postkartenformulare nicht zulässig.

Die Einführung von Brieftelegrammen soll am 1. Oktober versuchsweise in ganz Deutschland erfolgen. Es sind dies Telegramme, die in der Nacht an den Bestimmungsort telegraphiert und dort wie gewöhnliche Briefe möglichst mit der ersten Post abgetragen oder Abholern in der üblichen Weise ausgehändigt werden. Jedes Wort kostet einen Pfennig, mindestens aber 50 Pfennige für jedes Telegramm mit Umrandung auf je fünf Pfennige nach oben. Diese Brieftelegramme dürfen nur von 7 Uhr abends bis 12 Uhr nachts aufgegeben werden. Das kann bei allen Annahmestellen für Telegramme erfolgen. Auch können dieselben brieflich aufgegeben werden: Voraussetzung für die Beförderung ist natürlich ein entsprechender Nachtdienst. Die Einführung dieser Brieftelegramme, die sich u. a. in Frankreich sehr gut bewährt haben, wird ein neues, wichtiges Mittel einer prompten Berichterstattung bilden und daher neben der Geschäftsvermittlung sicherlich von den Zeitungen freudig begrüßt werden.

Groß und Klein Die größte Dampfmaschine der Welt, die 8000 Pferdekkräfte entwickelt, befindet sich in einem Zinkbergwerk in Friedensville in Nordamerika; die kleinste Dampfmaschine der Welt stammt aus einer Mechanikerwerkstatt in Ghennij. Sie hat in einer nur 1/10000 schalen Maß und entwickelt genau 1/10000 Pferdekkräfte. — Die kleinste Uhr verfertigte ein Meister in Chicago. Sie ist in einem Fingerring angebracht statt eines Steines. — Von andern kleinen Dingen muß noch das französisch-englische Wörterbuch genannt werden, das in Glasgow verlegt wurde. Es enthält auf 647 Seiten 400000 Wörter und wiegt 3 1/2 Gramm; das größte Buch dagegen ist die von der Regierung der Vereinigten Staaten herausgegebene „Geschichte des Bürgerkriegs“. Sie hat zwei Millionen Dollar gekostet, hat 120000 Seiten, ist 9 Meter dick und in 120 Bände eingeteilt. — Der größte augenblicklich lebende Mensch ist ein Amerikaner namens Wilkes, der 355 Pfund wiegt und 2,45 Meter hoch ist. Der kleinste Mensch ist ein 18jähriger Neomone, der nur 61 Zentimeter hoch ist und ein Gewicht von 3/4 Kilogramm hat.

Gewerkschaftsnachrichten. Vom Kampf in der Metakindarbeit läßt sich zurzeit nichts Genaueres oder Endgültiges berichten. Die Nachrichten überreichen sich der Reihe nach in Widersprüchen. Nur das eine ist klar: die Unternehmer haben auf der ganzen Linie den Rückzug angetreten. Sie wollen ihre Arbeiter nicht mehr länger hungern lassen, sagen sie. Die Ausgeperrten und Streikenden denken aber anders darüber, wie sich in den nächsten Tagen zweifellos zeigen wird, denn sie stellen noch ungebroschen teils im Kampfe, teils Gewehr bei Fuß. — In Bremen haben die Elektromonteur auf glücklichem Weg annehmbare Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielt. — Über Bilbao (Spanien) wurde wegen Massenstreiks der Belagerungszustand verhängt. Auch die Buchdrucker haben sich dem Zustand angeschlossen.

Verschiedene Eingänge.

„Typographische Rundschau.“ Monatschrift zur Wiedergabe von Druckfaden aus Buchdruckereien, Schriftgießereien, Zuckereereien usw. Herausgeber Prof. Wienands in Bonn. Augustheft. Vierteljährlich 75 Pf. (Eingelhefte 20 Pf.) durch die Post, den Buchhandel oder den Herausgeber.

„Die Neue Zeit“, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag von Paul Singer in Stuttgart. Heft 45—48 des 29. Jahrgangs. Band 1. Preis 25 Pf. pro Heft, vierteljährlich 3,25 Mk.

Gestorben.

- In Darmstadt am 10. September der Seher Friedrich Mühl, 28 Jahre alt.
- In Köln am 5. September der Drucker Peter Reimer von dort, 21 Jahre alt.
- In Leipzig am 6. September der Seher Otto Noack aus Großjüchser, 23 Jahre alt — Lungentuberkulose.
- In München am 30. August der Seher Adolf Burgstaller von dort, 27 Jahre alt.
- In Nürnberg am 6. September der Schweizerdegen Fritz Radeky aus Berlin, 31 Jahre alt.
- In Potsdam am 11. September der Drucker Max Krause von dort, 30 Jahre alt.
- In Saalfeld am 7. September der Buchdruckereibesitzer Ad. Nierbach, 50 Jahre alt.
- In Stuttgart am 9. September der Seher Friedrich Deiß, 40 Jahre alt.
- In Weimar am 8. September der Seherinvalid Hugo Weinhardt, 71 Jahre alt.
- In Wien am 26. August der Seher Robert Rüdiger, 58 Jahre alt; am 31. August der Seher Franz Kupsky, 43 Jahre alt.

Briefkasten.

P. B. in L.-M.: Eine solche Druckerei ist uns weder hier noch auswärts bekannt. Wenden Sie sich an eine

Maschinenfabrik. — F. Sp. in St.: Sie verwechseln den „Korr.“ mit einer Tageszeitung. Außerdem finden wir Ihre Humilitäten an die Redaktion oder Expedition etwas stark. Glauben Sie denn, wir hätten nichts anderes zu tun, als darauf zu warten, bis Sie es uns großmütig überlassen, eine beliebige Notiz umzuarbeiten und Ihnen dann noch zwei bis drei Belegeemplare zuzuschicken? — H. B. in Bamberg: Bezugsort liegt schon im Titel; durch den Buchhandel nicht erhältlich. — H. M. in W.: Neues Leben blüht usw. Dank und Gruß! — E. in Rowames: 2,15 Mk. — M. B. in Potsdam: 2,30 Mk. — R. K. in Stuttgart und G. R. in Stuttgart: Besten Dank für Sendungen. — F. C. in W.: Haben nachträglich erfahren, daß jener Artikel der Calwerischen Arbeitsmarktkorrespondenz entstammt. Da keine Quelle angegeben, konnte man ihn als eine Originalarbeit ansehen. — S. B.: Die dem Kollegen G. W. gemachten Mitteilungen sind ja recht interessant, wenn aber der „Korr.“ über diese Verhältnisse etwas bringen soll, muß das Material noch ergiebiger sein. Da Sie anscheinend gut unterrichtet sind, so lassen Sie wohl an G. W. weiteres gelangen.

- Wer an den „Korr.“ etwas zu berichten oder beim „Korr.“ etwas anzufügen hat, muß unter allen Umständen folgendes beachten:
1. Manuskriptpapier nicht auf beiden Seiten beschreiben;
 2. keine Viel- und auch keine Zitiertitel verwenden;
 3. nicht zu eng schreiben, damit redaktionelle Änderungen oder stilistische Verbesserungen vorgenommen werden können;
 4. durch Korrekturen, Änderungen oder Zusammenstreichungen nicht das Manuskript völlig unlesbar machen;
 5. Namen und Ziffern recht deutlich schreiben;
 6. Berichte vom Vorliegenden gegenseitig lassen und Artikel einen Ausweis über die Mitteilungsart zum Verbandsbesitzigen!
 7. Eingangsfrist für Berichte eine Woche nach Stattfinden der betreffenden Versammlung;
 8. Die Zerrüttung von Streitigkeiten infolge entstandener Differenzen erfolgt nur durch besondere Befanennung des Verbandsvorstandes. Mitteilungen über den Ausbruch von Konflikten sind daher nicht an die Redaktion, sondern nur an erstere Adresse zu richten. Im „Korr.“ kann erst nach vorausgegangener Befanennung durch den Verbandsvorstand eine nähere Schilderung der Differenzen erfolgen.
 9. Anfragen an den „Korr.“ dürfen nicht Auslegungen des Verbandsrats oder des Parols zum Gegenstand haben, auch dürfen sie sich nicht auf Dinge beziehen, die völlig außerhalb des Gewerbes und des Berufs liegen, wenn der „Vorfaktor“ ist kein allgemeines Ausnahmefall.

Bureau. Schriftliche Antworten werden überhaupt nicht erteilt, auch nicht, wenn Beantworter der Anfrage beigefügt sind.
10. Redaktions- und Anzeigenliste: für die Dienstagnummer am Sonnabend früh, die Donnerstagnummer am Freitag früh und die Sonnabendnummer am Donnerstag früh.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 2, Mariendorfer Straße 13, I. Fernsprechanlage VI, 1119.

Stierkrade. Der Seiger Theodor Hambro, angeblich in Münster oder Dortmund, wird hierdurch zum letztenmal aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegenüber dem Ortsvereine Stierkrade nachzukommen, andernfalls Ausschlußvertrag gestellt wird. Die verehrl. Funktionäre werden gebeten, S. auf diese Notiz aufmerksam zu machen und eventuell Nachricht an den Kassierer C. Schütte, Bergstraße 19a, gelangen zu lassen.

Adressenveränderungen.

Eberstadt-Pfungstadt. Vorsitzender: Herm. Viehzig, Eberstadt, Waldstraße 9; Kassierer: Jakob Fey, Pfungstadt, Kaiserstraße.

Miesbach (Obb.). Vorsitzender: Adolf Stark, Miesmühlstraße 51 1/2; Kassierer: Albert Pommer, Untere Wallenburger Straße 227 1/2.

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Der Seiger Franz Brause aus Nollitz wird gebeten, umgehend seine Adresse anzugeben, damit ihm Buch und Legitimation ausgeteilt werden kann. Die Herren Funktionäre werden ersucht, P. auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

Den reisenden Kollegen hiermit zur Kenntnisnahme, daß bis auf weiteres Bosnien für Zureisende gesperrt ist und Reiseunterstützung nicht gezahlt wird.

Verammlungskalender.

Altenburg. Verammlung Mittwoch, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Goldenen Flug“, großer Saal.

Barmen. Verammlung heute Samstag, den 18. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Parlamentstraße.

Bielefeld. Kuglerordenliche Verammlung Sonntag, den 17. September, vormittags 9 1/2 Uhr, im Restaurant Gutes, Weberstraße.

Breslau. Maschinenmeisterverammlung Sonntag, den 17. September, vormittags 10 Uhr, im „Hotel Derschlag“, Sandstraße.

Düsseldorf. Maschinenmeisterverammlung heute Samstag, den 16. September, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, in den „Vier Jahreszeiten“.

Erfurt. Maschinenmeisterverammlung Mittwoch, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Zivoli“.

Essen (Ruhr). Maschinenmeisterverammlung heute Samstag, den 16. September, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Joh. Schöten, Viehoferstraße.

Frankfurt a. M. Maschinenmeisterverammlung Sonntag, den 17. September, vormittags 10 Uhr, im „Landes“, Am Hofberg.

Gießen. Verammlung heute Sonnabend, den 16. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Bürgerklub“, Alte Neuenborfer Straße.

Gera. Kuglerordenliche Hauptverammlung Sonntag, abends, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal.

Greifswald. Verammlung heute Sonnabend, den 16. September, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Lange Straße.

Hamburg-Altona. Vorstandssitzung Montag, den 18. September, abends 9 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Weidenbüschhof 57 I.

Hildesheim. Verammlung heute Sonntag, den 17. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Klosterbrauerei“, Klosterstraße 1.

Köln. Korrektorverammlung Sonntag, den 17. September, vormittags 10 1/2 Uhr, in der „Klosterbrauerei“, Klosterstraße 1.

München. Verammlung Donnerstag, den 21. September, abends 8 Uhr, im „Matthäerklub“.

Oldenburg. Verammlung Sonntag, den 21. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Untere 1. Oktober an den Vorständen.

Potsdam. Verammlung heute Sonnabend, den 16. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Frau Schmidt, Burgstraße 24.

Schwerin. Verammlung heute Sonnabend, den 16. September, abends 8 1/2 Uhr, in der „Sofia“.

Stuttgart. Maschinenmeisterverammlung Sonntag, den 17. September, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokal „Hauptkatterhof“, Ecke Fasangasse und Hauptkatterhofstraße.

Titten. Verammlung heute Sonnabend, den 16. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Volk“, Gewerkschaftshaus.

Zossen. Bezirksverammlung heute Sonnabend, den 16. September, abends 8 Uhr, in der „Flora“.

TYPOGRAPHIA Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Sonnabend, den 23. September, im großen Festsaal der „Brauerei Happpold“, Hasenheide (Eingang Grafestraße):

Feier des 32. Stiftungsfestes

:: :: :: KONZERT und BALL. :: :: ::

MITWIRKENDE: Frl. Gertrud Nettermann und Frl. Ella Guth (Gesang); Herr Walter Gravenitz (Rezitation); Neues Tonkünstlerorchester.

Anfang pünktlich 9 Uhr. :: :: Eintritt 50 Pf., einschließlich Tanz. Eintrittskarten sind bei den aktiven Mitgliedern zu haben. D. V.

Mehrere tüchtige Maschinenmeister

im Wert-, Platten- und Illustrationsdrucke durchaus erfahren, finden sofort angenehme, dauernde Stellung. Angebote unter Angabe des Alters und der Lohnansprüche mit Zeugnisabschriften erbeten.

727] Berliner Buch- und Kunstverlag, G. m. b. H., Zossen (Mark).

Gewandter und zuverlässiger Korrektor

von Südwestdeutscher Druckerei und Verlagsanstalt gesucht. Eintritt nach Vereinbarung. Zeugnisabschriften und Lohnansprüche an die Geschäftsstelle d. V. unter Nr. 713 erbeten.

Tüchtiger Kontrolleur

722] gesucht. Schriftgießerei D. Stempel, Frankfurt a. M.

Maschinenmeister

an feineres Arbeiten gewöhnt tüchtig im Maschinen-, Platten- und Bildendrucke, ist sofort oder später dauernde Stellung bei gutem Lohn. Angebote unter Beifügung der Zeugnisse. Angabe des Alters und der Lohnansprüche an W. Grünewald, Dortmund.

Stempelschneider

720] für Stahl in dauernde Stellung gesucht. Lohn 40 Mk. Offerten unter B. H. 606 an die Geschäftsstelle d. V. erbeten.

Tüchtige Schriftsetzerin

714] sofort gesucht. Schriftgießerei Altmann, Frankfurt a. M.

Schriftsetzer

724] (Aufang) sucht angenehme Kondition, würde sich event. auch an kleineren flotten Geschäften mit etwas Kapital beteiligen. Off. erb. an S. Wuhl, Göttha, Götthaler Str. 1.

723] Stenographenlehrer. (Cabelberger) Lehr- und Lehrmittel. (Cabelberger) Leiter d. Fernkurse d. Vereinigung stenographischer Buchdrucker in Deutschland, Münster i. W. 723

Farbenkunde und Farbendruck. Wer sich schnell und sicher in diesem überaus schwierigen Zweige unserer Buchdruckerkunst zurechtfinden will, der schaffe sich dieses kleine Verchen an. Preis 1,50 Mk. Julius Mäser in Leipzig-R.

Unentbehrlich zur Meisterprüfung und praktisches Handbuch für jeden strebsamen Buchdrucker:

Die Meisterprüfung

im Buchdruckgewerbe

In Frage- und Antwortform nach praktischen Erfahrungen mit tüchtigster Berücksichtigung des neuen Preistarifs, Freigesetzes und des Urheberrechts. von J. B. Lindl, Mitglied der Meisterprüfungskommission für das Buchdruckgewerbe in München. Zweite erweiterte Auflage.

Verlag J. B. Lindl, München 2 SO, 2,50 Mk. gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrags auf Postcheckkonto München 910. 688

Kollege Guth!

731] Laß nun bald einmal etwas von Dir hören! C. R., Galberstraße.

Anhang zum Tarife von Konrad Giesler. Preis des Exemplars 10 Pf. (3 Pf. Porto). Bestellung nehmen die Herren Verbandsfunktionäre sowie G. L. B. L. Leipzig, Salomonstraße 8, entgegen.

Freie Fachschule für das graphische Gewerbe. Berechnungskurse für Buchdruck (Klisché und Notation), Stein- und Buchbinderarbeiten, Kurse für Deutsch u. Korrespondenz, Buchführung, Papierkunde, photom. Fächer. — Anmeldungen und Prospekte Berlin S. Württembergstr. 12.



Wenn wir Sie sprechen können
würden wir Sie sicher davon überzeugen, dass Sie durch direkten Bezug aus unserer Fabrik in Anzugstoffen, Palettotstoffen, Hosentstoffen, Westenstoffen, Damentuchen etc. unbedingt Vorteile haben. Spezialität: Erstklassige Neuheiten in besserer Qualität zu allerbilligsten Preisen. Verlangt Sie durch Postkarte Muster, wir senden dieselben sofort franko ohne Kaufwag.
Lehmann & Assmy, Spremberg L. 227
Grösste u. älteste Tuchfabrik Deutschlands dies. Art. 728

Teilzahlung
Wertvollste Uhren und Goldwaren
jährlich Verkauf über 25.000 Uhren
Photostatische u. Sprechmaschinen,
nur erste Fabrikate, v. 12 bis
550 Mark. — Verlangen Sie
Hauptkatalog über Uhren und
Goldwaren, oder Spezialkatalog
über Photostatische apparate
kostenlos!
Jonas & Co.,
Berlin O. A. 407
Belle-Alliance-
Straße 3.

Zum 40. Jahr. Bestehen des Verbandes erschienen:
Festhymne komponiert von Will Krahl
Verbandshymne komponiert von A. Schwellert
mit kleiner Orchester- oder auch Pianofortebegleitung.
Verlag Radell & Hille, Leipzig.

Am 11. September verschied nach langem, schwerem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Druckerkollege
Max Krause
im Alter von 29 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm [725]
Der Maschinenmeisterklub
Potsdam-Neubabelsberg.

Am 11. September verschied nach längerem Leiden unser Kollege, der Drucker
Max Krause
aus Potsdam, im noch nicht vollendeten 80. Lebensjahr.
Ein ehrendes und bleibendes Andenken wird ihm stets bewahren
720] Der Ortsverein Potsdam.

Am 10. September verschied im Alter von 28 Jahren unser wertvolles Mitglied, der Setzer
Friedrich Rühl.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
729] Der Bezirksverein Darmstadt.

Am 9. September, abends, verschied unser wertvolles Kollege und langjähriges Druckerkollege, der Schriftsetzer
Friedrich Deiß
im Alter von 40 Jahren.
Wir bitten, dem Verstorbenen ein freundliches Andenken bewahren zu wollen.
Stuttgart, den 10. September 1911.
721] Die Gohlson
der Union Deutsche Verlagsgesellschaft.

Für unsere Leser liegt der heutigen Nummer ein Prospekt betreffend die Original-Interessentexte zur Erinnerung der deutschen, englischen, französischen, italienischen, niederländischen, russischen, zu jenen, die in den, schwedischen und ungarischen Sprache nach der Methode Toussaint-Langenscheidt bei, worauf wir alle diejenigen aufmerksam machen, welche sich die Kenntnis dieser Sprachen leicht, bequem und ohne große Kosten durch Selbststudium (ohne Lehrer) aneignen wollen. — Die Langenscheidtsche Verlagsgesellschaft Prof. G. Langenscheidt, Berlin-Schöneberg, Bahnhofsplatz 30, sendet auf Wunsch Prospekte der einen oder anderen Sprache kostenlos zur Ansicht. Bei Benutzung der obigen Prospekte beigefügten Belegkarte bitten wir den Titel unseres Organs anzugeben.